

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

143 (23.6.1913) Erstes Blatt

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 65 P.; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich. Geschäftsstunden: 7 bis abends 17 Uhr. Postfachkonto Nr. 2850. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481. Inzerate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 P. Lokalzerate billiger. Schluss d. Inzeratennahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inzerate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Klerikalisation der bayerischen Universitäten.

Man schreibt uns aus München: Seit einiger Zeit wurde in der bayerischen Zentrums- und Katholikenpresse über die Zurücksetzung der Bayern und Katholiken bei der Befestigung der Professur geschrieben. Den Anlaß gab scheinbar die Berufung des Historikers Erich Marcks an Stelle Seigels nach München. Jetzt stellt sich heraus, daß das ganze Geschrei über die Zurücksetzung der Katholiken in Bayern, nach bekannter klerikaler Strategie, nur erhoben worden ist, um den großen Erfolg zu verdecken, den der Klerikalismus im Kampf mit der Wissenschaft der Universitäten errungen hat.

Herr Marcks ist allerdings, wie die Staatszeitung halbamtlich, unter kleinlauten Entschuldigungen mitteilt, nach München berufen worden, und hat den Ruf auch angenommen; für die Nachfolge Seigels hätte nicht von vornherein auf den noch immerhin engen Kreis bayerischer Historiker Rücksicht genommen werden können, „zumal da gerade diese auf den von Seigel hauptsächlich vertretenen Sachverhalte der neueren Geschichte publizistisch weniger hervorgetreten sind“. Diese Wertschätzung bayerischer Historiker mag auf sich beruhen. Der Fall Marcks ist nicht sonderlich aufregend. Dieser Gelehrte hat seine Geschichtsauffassung zwischen Bismarck und den Hohenzollern angelehnt, mit jenem Schuß modernschillernder Unbefangenheit, ohne die heute ein professoraler Eleganz nicht zu Ansehen kommen kann; außerdem ist er ein beliebter Rhetor.

In dem gleichen Artikel nun, der die Berufung des Herrn Marcks verteidigt, wird auch mitgeteilt, „daß auf Grund allerhöchster Ermächtigung der durch den letzten Landtag bewilligte Lehrstuhl für Pädagogik an der Universität München dem bekannten Universitätsprofessor Dr. Friedrich Wilhelm Förster in Wien angeboten werden wird und daß sichere Hoffnung besteht, diesen Gelehrten für München zu gewinnen.“ Mit dieser Berufung wird die pädagogische Unterweisung der Mittelschullehrer einem klerikalen Fanatiker überwiesen, der sicher keinen Anstoß bei der Zentrums- und Katholikenpresse erregen wird, obwohl er sogar ein Berliner, von Haus aus ein Protestant und Sohn eines Wortführers freigeistiger humanitärer und demokratischer Weltanschauung ist, des alten prächtigen Astronomen Wilhelm Förster, des Begründers der Gesellschaft für ethische Kultur.

Friedrich Förster antikambrierte bereits ausdauernd in München, als die pädagogische Professur noch gar nicht bewilligt war. Bald nach dem Beginn des Ministeriums Hertling wurde in Universitätskreisen erzählt, daß dieser Mann für die künftige Professur Favorit sei. Der auffällige Eifer, mit dem das Zentrum sich gerade für diese Professur einsetzte, wird jetzt erklärlich; man wollte für den in der Schweiz obdachlos gewordenen Förster in München eine Heimstätte schaffen. Förster hat bisher keine wissenschaftliche Leistung aufzuweisen, er ist lediglich der Verfasser von einigen frömmelnden pädagogischen Erbauungsbüchern. Er stand einst auf der äußersten Linken, übertraf die Sozialdemokratie an Radikalismus, um dann unter allerlei persönlichen Einflüssen ein zerknirschter Renegat zu werden. Das empfahl ihn der herrschenden Partei und so wurde keiner der wissenschaftlich hervorragenden Professoren der Pädagogik nach München berufen, sondern eben dieser Dozent, dem die Aufgabe zufällt, die ihm zugängliche Jugend wieder zu klerikalieren. Es ist keine wissenschaftliche Professur, sondern eine parteipolitische, und die Staatszeitung rühmt den neuen Mann, denn auch als einen strahlenden Vertreter dessen, was sie positives Christentum nennt.

So hat das Zentrum an einer höchst einflussreichen Stelle einen der feinsten untergebracht und deshalb lenkte man die Aufmerksamkeit auf den Fall Marcks ab. Vielleicht holt man sich bald auch ein paar Lourdesmediziner und Sozialpolitiker aus München-Glabbech. Wird aber Förster im Einverständnis mit der Münchener Fakultät berufen?

Und noch eine Resolution!

Gesetzliches Gebot oder untertänige Vorstellung? Das ist die Frage, die die zweite Lesung der Militärvorlage beinahe ausschließlich und in den verschiedensten Formen beherrscht. Im Reichstag besteht eine sichere Mehrheit, die mit den Zuständen im Seere unzufrieden ist und Reformen fordert. Die Sozialdemokraten wollen diese Reformen erzwingen, indem sie beantragen, entsprechende Bestimmungen in das neue Wehrgesetz selbst aufzunehmen. Da die Regierung auf dieses Wehrgesetz nicht verzichten will, wäre sie genötigt, mit dem ganzen Gesetz auch manche ihr weniger zuzugewandene Änderungen in den Kauf zu nehmen, und die Abstellung der vom Reichstag gerügten Mängel wäre damit gesichert. Aber regelmäßig, wenn es zur Abstimmung kommt, zerfällt die in der Hauptsache meist einige Reformmehrheit in zwei Teile, von denen der eine, der sozialdemokratische, auf der gesetzlichen Bindung be-

steht, während der andere, der bürgerliche, diese Bindung ablehnt und sich damit begnügt, eine Resolution anzunehmen, in der der Reichszentralrat ersucht wird, dafür zu sorgen, daß dies geschieht oder jenes unterbleibt.

So war es auch am Freitag wieder bei der Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag gegen den Militärhofkott. Die bürgerlichen Parteien wissen sehr gut, daß die Boykottverhängungen dem Gastwirts- und Bierbrauergewerbe, auf dessen Stimmen man doch auch nicht verzichten möchte, den größten Schaden zufügen. Fast schien es nach dem Verlauf der Verhandlungen am Donnerstag, als ob in diesem Falle eine Ausnahme von der Regel eintreten sollte und als ob wenigstens die Fortschrittler diesmal für den sozialdemokratischen Gesetzesvorschlag stimmen wollten, der die militärische Sperre wegen Vergabe von Räumen zu Veranlassungen einer Partei oder Gewerkschaft verbietet und den Betroffenen die Klage auf Unterlassung und Schadenersatz einräumt. Ueber Nacht hatten es sich die Liberalen aber wieder anders überlegt, nur ein Teil der Fortschrittler stimmte noch für den Antrag, der denn auch mit 127 gegen 201 Stimmen abgelehnt wurde. Das Ergebnis war abermals die Annahme einer Resolution, deren Tendenz sich in der Richtung des sozialdemokratischen Antrags bewegt.

Ueber die Bedeutung oder vielmehr die Bedeutungslosigkeit solcher Resolutionen ist schon viel geredet und geschrieben worden, daß sich jedes Wort zu ihrer Kennzeichnung erübrigt. Man könnte beinahe schon wünschen, daß sich die sozialdemokratische Fraktion an dieser Resolutionsmacherei überhaupt nicht mehr beteilige. Auf der anderen Seite aber kann es freilich der Sozialdemokratie nur erwünscht sein, wenn durch die fortgesetzte Erzeugung von Resolutionen, die in den Papierkorb des Bundesrats wandern, immer neuer Konfliktstoff zwischen Reichstag und Regierung aufgehäuft wird. Die Klagen über die Mißstände, die man mit Resolutionen vergeblich zu bekämpfen sucht, werden nicht abreißen, und die Frage, warum die Regierung den Wünschen des Reichstages zuwiderhandelt, wird nicht verstummen. Schließlich werden dann auch die bürgerlichen Parteien genötigt sein, etwas mehr Festigkeit zu zeigen, wenn sie nicht der Verachtung der Wähler anheimfallen wollen.

Für diesmal aber bleibt das Veragen der bürgerlichen Parteien im Kampfe gegen die von ihnen selbst anerkannten Mißstände in der Armee reiflos und vollständig. Der Liberalismus bleibt seiner alten Politik treu, der Politik der verpackten Gelegenheiten.

Entsetzliche Wehrproser.

Wie sieht der Wehrbeitrag, an konkreten Fällen illustriert, wirklich aus? Die Antwort stammt aus der klerikalen „Germania“; wir haben nur rechnerisch etwas nachgeholfen, um die Größe der Opfer recht sinnfällig werden zu lassen.

Vermögen ohne wehrbeitragspflichtiges Einkommen:

Vermögen	Wehrbeitrag	pro Tag
Mark	Mark	Mark
80 000	180	0,50
260 000	1 170	3,25
650 000	4 125	11,46
4 500 000	50 600	140,55
32 000 000	457 100	1 269,72

Einkommen ohne wehrbeitragspflichtiges Vermögen:

Einkommen	Wehrbeitrag	pro Tag
Mark	Mark	Mark
2 600	50	0,14
8 900	86	0,24
16 700	251	0,69
40 000	1 030	2,86
80 000	4 040	11,22
160 000	13 700	38,05
280 000	35 780	99,39

Vermögen und Einkommen wehrbeitragspflichtig:

Vermögen	Einkommen	Wehrbeitrag	pro Tag
Mark	Mark	Mark	Mark
40 000	8 000	161	0,45
200 000	20 000	1 170	3,22
420 000	55 000	3 904	10,84
2 000 000	360 000	58 780	163,28
30 000 000	3 000 000	697 100	1 936,39

Deutschlands Patrioten werden ein Jahr keine Butter auf das Brot schmieren oder zum mindesten nur Margarine essen, um dem Vaterlande das Opfer bringen zu können.

Deutsche Politik.

Liberaler Besteuerungsangst. In der „Allgemeinen Reichs-Korrespondenz“ schreibt Herr Fuhrmann:

Die vom Reichstagswahlrecht begünstigten, in den letzten Jahren immer stärker zutage getretenen demokratischen Instinkte des Reichsparlamentes können leicht dahin führen, die heute vielleicht mäßig angelegten Steuerquoten bei neu eintretendem Reichsbedarf kräftig zu erhöhen und so notwendig werdende Neubelastungen einer geringen Zahl Vermögender aufzuerlegen. Es ist wirklich nicht schwer, unter dem Druck des Reichstagswahlrechts die Massen an den Gedanken zu gewöhnen, daß mit dem Anheben dieser neuen, feinsten unerschöpflichen Steuerquelle jede weitere Belastung der breiten

Schichten durch indirekte Abgaben ein für allemal ein Ende erreicht habe und daß nur eine einfache Umbildung des Schlüssel genüge, die neue Quelle immer reichlicher fließen zu machen.

Ganz richtig, aber was dem einen eine gute Sache ist, ist dem anderen eine Nachtigall. Die Konservativen, von denen sich eine gewisse Sorte der Nationalliberalen nur dem Namen nach unterscheiden, möchten immerzu neue indirekte Steuern beschließen, die die Lebenshaltung der breiten Massen verteuern, damit die reichen Leute von den Reichsteuern verschont bleiben. Die Sozialdemokratie kämpft, seit sie besteht, für die umgekehrte Auffassung: sie will die Reichen besteuern, um die Armen zu schonen. Und darum darf sie die Art, wie die Deckung der Wehrvorlagen erfolgen soll, immerhin als einen bedeutsamen grundsätzlichen Erfolg buchen. Ob dieser Erfolg festgehalten wird, oder ob in Zukunft nach Herrn Fuhrmanns Wunsch weitere Belastungen der breiten Massen durch indirekte Abgaben erfolgen, wird von dem Grade der Klugheit abhängen, mit der diese Massen selbst von ihrem Stimmzettel Gebrauch zu machen wissen.

Erläuterung zum Amnestieerlaß Wilhelm II. Die Korrespondenz Pieper — und die „Nordd. Allg. Zig.“ drückt ihr es nach — weist darauf hin, daß der Gnadenerlaß vom 16. Juni von früheren Erlassen dieser Art sehr abweicht. Beim jetzigen Erlass sei gar keine Grenze der Strafen festgesetzt, es handle sich lediglich darum, diejenigen zur Begnadigung vorzuschlagen, die ihrer wirklich würdig sind. Es sei natürlich ganz unmöglich, daß die vorbereitenden Arbeiten der in Frage kommenden Behörden in wenigen Tagen erledigt werden. Aber es sei von oben herab alles geschehen, was eine mögliche Beschleunigung der Ausführung des Gnadenerlasses herbeiführen könne.

Die Durchführung des Gnadenerlasses ist also völlig in die Hände der Gefängnisverwalter und Staatsanwälte gelegt! Bei der Begnadigung verurteilter Militärpersonen ist viel besser. Hier sind aber zunächst alle diejenigen von der Strafe befreit, deren Strafe 14 Tage strengen, 3 Wochen mittleren, vier Wochen gelinden Arrest, 14 Tage Stubenarrest nicht übersteigen, sofern nicht Soldatenmißhandlungen oder Diebstahl als Strafthat vorgelegen haben.

Aum Breslauer Schwabenkreis. Eine Kundgebung zugunsten von Hauptmanns Jahrhundertfestspiel haben 2 Professoren der Breslauer Universität und der Technischen Hochschule, ferner Musiker, Schauspieler und Architekten in Form einer Erklärung veranstaltet. Sie vermögen in Hauptmanns Festspiel weder eine Verherrlichung Napoleons, noch einen Haß auf die patriotischen Gefühle empfinden.

Die Leipziger Freie Studentenschaft hat an Gerhart Hauptmann folgendes Telegramm gerichtet: „Dem deutschen Dichter Gerhart Hauptmann in seinem Kampfe gegen den deutschen Unterstand sprechen ihre vollste Sympathie aus viele Leipziger Studenten.“

Der Verein „Freie Volkshöhle“ Berlin nahm in seiner Generalversammlung „mit Bedauern, aber ohne Ueberraschung von dem Aufführungsverbot des Festspiels Kenntnis“. Dieses Verbot sei kennzeichnend für den Geist der Indulgenz, der das ganze künstlerisch schaffende Leben der Gegenwart in seinem Bann zu halten sucht.

Die Breslauer Festspiellaffäre bildete den Gegenstand einer Interpellation, die in der dortigen Stadtverordnetenversammlung eingebracht wurde. Während ihrer Besprechung gab der Oberbürgermeister Matting zu, daß nur die Furcht, der Kronprinz werde sein Protektorat zurückziehen und damit den Weiterbestand der von Fürsten und Hochadel besetzten Vorstellung gefährden, diese Unterbrechung des Festspiels herbeigeführt habe. Nach dieser Erklärung kniete die liberale Mehrheit der Versammlung vorschrittsmäßig zusammen, schnitt einer rabiaten Minderheit der eigenen Fraktion das Wort ab und überließ den Radikern und Junfern die Hand. Nur dem sozialdemokratischen Redner, Stadtverordneten Löbe, blieb es vorbehalten, dem Magistrat zu erklären, daß er durch seine Untüchtigkeit und Kriecherei die Stadt dem Gespött der Welt preisgegeben habe und daß die Magistratsmitglieder sich schämen sollten, ihre Plätze noch einzunehmen, nachdem sie in solcher Weise die Verachtung aller freigeistigen Künstler, Schriftsteller und Politiker auf die Schultern geladen haben. Der stellvertretende Vorsteher verhängte wegen des Ausdrucks „Kriecherei“ einen Ordnungsruf.

Eine Antwort an das Zentrum.

Die gestern stattgefundenen Landesversammlungen der drei Linkenparteien haben dem vorgeschlagenen Abkommen für die Landtagswahlen zugestimmt. Bei der Sozialdemokratie und den Fortschrittlichen erfolgte die Zustimmung einstimmig und debattelos, bei den Nationalliberalen mit allen gegen 7 Stimmen.

Die infernalische Heße der Zentrums- und Katholikenpresse hat also nicht nur nichts genützt, sondern den direkt gegenteiligen Erfolg gehabt. Noch selten hat auf unsern badischen sozialdemokratischen Parteitagen eine solche Begeisterung geherrscht, wie gestern, als beschlossen war, dem Abkommen debattelos zuzustimmen. Das Referat des Genossen Dr. Frank beleuchtete die Situation nach allen Seiten; schonungslos deckte er die taktischen Vetrugsmethoden des Zentrums auf. Die Rede wird als Broschüre erscheinen und sicher eine gute Wirkung erzielen.

Einig und geschlossen zieht die badische Sozialdemokratie in den Wahlkampf. Wir dürfen der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß unsere Genossen im ganzen Lande sich der weittragenden politischen Bedeutung der diesjährigen Landtagswahlen bewußt sind und daß sie alle Kräfte anspannen werden, um der schwarz-blauen Reaktion auch diesmal wieder eine Niederlage zu bereiten.

Seite 4, Buch & Co, Verlag! aliener ffeln gelbe 0 Pfa. 55 Pfa. 2.25 immer- ta- ffeln 5 Pfa. 15 M. ue 1864 sche ffeln 5 Pfa. 15 M. Buch & Co. esidenz- Theater ldsfr. 30 amm g 21. bis 24. Juni hlte ond erteilungen ebuschka e. Verfasst iesezt von Mullen- en. spielt in t, Pompeji d. Resi- llustriert. ie neuesten ndelt mit Komisch. asser- Naturaufn. ee. Asia- d. Natur- ris 11 bild aus eldzug. das unter users Spe- auf dom z aufge- zeigt zu- Stadtfeste den Tara- den sich Schlachten rch Lauf- rahnetze, akten ver- urden die idigt. Man ahreiche tze nebst en Monte- Tarabosch ll in die Die Be- ganzen weit, dass lung der Truppen der Ver- gsbedarfs 1796 Walten.

Der außerordentliche Parteitag

der sozialdemokratischen Partei Badens

trat am Samstag nachmittag im schönen Freiburg, wo's süßer ist und glatt, wie's feinerzeit Geibel sang, zusammen. Süßer und glatt, wie das Tagungslokal, die hellen freundlichen Räume des Kolosseums, süßer und glatt, so hoffen alle Parteitagsteilnehmer, sollen auch die Verhandlungen sein, die einen Markstein bilden sollen in der Geschichte des badischen Landes, die aber auch eine Richtlinie geben sollen dafür, wie man die drohende Reaktion mit Erfolg bekämpfen kann.

Kurz nach 2 Uhr eröffnete der Landesvater, Genosse Geiß-Mannheim, die Tagung, indem er die Erschienenen herzlich begrüßte und die Erwartung ausdrückte, daß die Beratungen über die wenigen Tagesordnungspunkte einen sachlichen Verlauf nehmen werden.

Die Tagesordnung lautet:

1. Wahl des Büros, der Mandatsprüfungskommission und Festsetzung der Geschäftsordnung.
2. a) Bericht des Landesvorstandes (Ref.: Gen. A. Geiß);
b) Massenbericht (Ref. Genosse K. Hahn);
c) Unsere Parteipresse.
3. Die Landtagswahlen 1913 (Ref.: Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. L. Franke).

Die Bürowahl ergab, daß die Genossen Frank-Mannheim als erster, Engler-Freiburg als zweiter Vorsitzender, Dietrich-Forsheim und Ubele-Karlsruhe als Schriftführer gewählt wurden.

In die Mandatsprüfungskommission wurden die Genossen Kunigunde Fischer-Karlsruhe, Breitenfeld-Börsch, Munding-Bretten, Haberer-Offenburg gewählt.

Ein von Frau Schell-Freiburg gespendeter Blumenstrauß wurde dankbar begrüßt.

Vorschläge zur Tagesordnung wurden nicht gemacht. Zum

Bericht des Landesvorstandes

erhielt Genosse Geiß das Wort. Er versprach, sein Referat so kurz wie möglich zu halten, indem er auf den gedruckt vorliegenden Bericht verwies. Der außerordentliche Parteitag sei notwendig geworden, weil die Linksparteien in Baden über ein einheitliches Vorgehen bei den kommenden Landtagswahlen sich beraten und entscheiden müssen, um nach außen hin zu zeigen, daß man bei uns entschlossen ist, die Reaktion hintan zu halten. Die Aufgabe des Landesvorstandes und der Kreisvereine bestand im abgelaufenen Jahre in der Festigung und Ausbreitung der Organisation. In den Klassenverhältnissen wurde gegenüber dem Vorjahr ein erheblicher Fortschritt gemacht durch die bessere Organisation der Beitragsleistung. Das hat dann allerdings die Folge gehabt, daß in den Mitgliederlisten eine gewisse Reinigung eintreten mußte, die nach außen hin den Eindruck erwecken kann, als ob wir stillgestanden seien und einen Fortschritt nicht gemacht hätten. Was jetzt in den Mitgliederlisten steht, sind auch wirkliche Mitglieder. Der Zuwachs beträgt wohl nur 261 Mitglieder, trotz der vielen Neuaufnahmen. Der Hin- und Herzug der Arbeiter unter der Einwirkung der kriegerischen Verwicklungen habe sich natürlich auch geltend gemacht. Ein großer Teil der Wgänge an Mitgliedern seien auf das Konto der mangelhaften Einfassierung zu setzen. Daraus sollten insbesondere die Organisationsleiter in den ländlichen Bezirken die Rubeanwendung ziehen und überall die Unterklassierung einführen.

Eine Menge von Versammlungen wurden in allen Landesteilen abgehalten, daneben wurde die schriftliche Agitation in intensiver Weise betrieben. Ganz besondere Aufmerksamkeit wurde der Agitation unter den Frauen gewidmet, wobei die Genossinnen Zieh, Blase, Fischer usw. emsig mitarbeiteten. Mit dem Erfolg dürfte man wohl zufrieden sein.

Im ganzen Lande wurde auch eine Berichterstattung über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im badischen Landtag veranstaltet. Die Lebensmittelerhöhung, der Balkanrieg, der Kampf gegen die Militärverlage haben Agitationsstoff gegeben. Die Versammlungen gegen die Militärverlage hätten den Erwartungen nicht entsprochen, die Bevölkerung habe vielfach gleichgültig bestanden, obwohl es sich um eine in unser Volkleben tief einschneidende Frage handelte. Das sei ein Beweis dafür, wie notwendig bei uns die Aufklärungsarbeit noch sei.

Besondere Aufmerksamkeit wurde der Kommunalpolitik geschenkt, wozu durch die stärkere Verzahnung der Sozialdemokratie zur Gemeindearbeit Anlaß gegeben war. Es wurden eine Reihe von Konferenzen der Gemeindevertreter abgehalten, von denen zum Teil sehr günstige Berichte vorliegen; von anderen Konferenzen wurde über mangelhaften Besuch geklagt. Die Broschüre des Gen. Geiß, die sich mit wichtigen Fragen der Gemeindepolitik befaßt, fand nicht den gewünschten Erfolg. Es wäre zu wünschen, daß die gewählten Vertreter bei ihrer Weiterbildung nicht versäumen.

Die Wahlen zu den Bürgerausschüssen haben ein befriedigendes Resultat gezeigt, andererseits haben die Gemeinderatswahlen mancherlei Unannehmlichkeiten mit sich gebracht. Von den Leuten, die als sozialdemokratische Vertreter in den Gemeinderat gewählt werden, muß man unter allen Umständen verlangen, daß sie sich in unser sozialdemokratisches und kommunalpolitisches Programm vertieft haben. Nur das Interesse der Partei dürfte bei der Auswahl der Kandidaten maßgebend sein. Wo man keine Liste von wirklichen Sozialdemokraten aufstellen kann, soll man künftig lieber auf die Aufstellung einer eigenen Liste verzichten. Es sei zu hoffen, daß im übrigen auch die künftigen Gemeinderatswahlen gute Erfolge für uns zeigen.

In dem Kampfe gegen die Jugendorganisation haben unsere Behörden kein Glück gehabt. Eine verwaltungsgerichtliche Entscheidung habe unseren Genossen Recht gegeben.

Die Parteischule wurde von dem Gen. Trinks-Karlsruhe besucht.

Beachtenswerdend sind die Anträge, die in der abgelaufenen Geschäftsperiode mehr als je ein. Wegen Kleinlichkeiten werden mandamental Ausschlußanträge gestellt. Der Landesvorstand werde sich über diese Kleinigkeiten, gegen solche, auf Kleinlichkeiten gestützte Ausschüsse Stellung zu nehmen.

Die Parteisekretariate lassen aus Ihren Berichten erkennen, daß man mit dem Vordrängen der Parteibewegung nicht zufrieden sei. Das Sekretariat für Oberbaden wurde aufgehoben, weil die für das Sekretariat erforderlichen Mittel nicht bringend genug angelegt werden konnten. Die Aufhebung des Sekretariats wurde von dem oberbadischen Sekretariat selbst angeregt. Dafür wurden in 1., 2., 4. u. 5. Kreis Agitationsstellen eingerichtet, deren Leiter Agitation für die Volkswacht zu betreiben, die Korrespondenz zu führen und das Klassenwesen zu übernehmen haben. Solche bestehen in Emmendingen, Sins-

gen, Billingen und Börsch. Das Resultat der Tätigkeit dieser Agitationsstellen sei ein durchaus befriedigendes, das beweise das Wachstum der Frauen- und Mitgliederzahlen und die Besserung in den Klassenverhältnissen.

Das Sekretariat für Mittelbaden sei im letzten Jahre nicht aufgehoben worden, weil in Parteireisen eine starke Opposition dagegen vorhanden war. Der Parteivorstand sei aber einstimmig der Meinung, daß die in den Sekretariaten angewendeten Mittel in keinem Verhältnis stehen zu den Erfolgen der Parteisekretariate. Nach den Landtagswahlen muß unbedingt an eine Reform der Sekretariate gedacht werden. Die Aufrechterhaltung des Bezirkssekretariats für Mittelbaden lasse sich länger nicht verantworten. Bei dem Sekretariat für Unterbaden sei die Frage aufzuwerfen, wie künftighin dort reformatorisch eingegriffen werden könne. Der heutige Parteitag soll zu dieser Frage sich äußern und später sei die Entscheidung zu treffen, das Interesse der Partei erheischt.

Betreffs der Kalenderfrage sei zu bemerken, daß der Abt zu wünschen übrig lasse. An manchen Plätzen aber habe es an der nötigen Vorbereitungsarbeit gefehlt. Das Oberland habe gut gearbeitet. Der Kalender habe immerhin ein Ueberschuß von zirka 1000 Mark gebracht.

Zum jetzigen Parteitag seien nur drei Anträge eingegangen, einer von Saslach, der verlangt, daß die Reichstagsabgeordneten bei wichtigen Abstimmungen im Reichstag anwesend sein sollen, ein anderer Antrag verlangt die Befestigung der Doppelmandate und ein Antrag der Karlsruher Organisation verlangt die Erweiterung der Kompetenzen der Preschkommission. Die beiden ersten Anträge enthielten Selbstverständlichkeiten, der Antrag Karlsruhe findet in der vorliegenden Fassung die Zustimmung des Landesvorstandes. Die Preschkommission soll gehört werden in allen Fragen, aber die Entscheidung soll in den Händen des Landesvorstandes und der Geschäftsleitung bleiben.

Genosse Geiß schließt mit dem Hinweis auf die bevorstehende Arbeit zu den Landtagswahlen und dem Wunsch, daß der Parteitag für unsere Partei gute Erfolge zeitigen möge.

Zum Massenbericht erhielt Genosse Hahn-Mannheim das Wort. Auch er verweist auf den gedruckt vorliegenden Bericht. Im allgemeinen könne das Ergebnis des Berichtsjahres als befriedigend bezeichnet werden. Wenn wir auch an Mitgliedern nicht besonders zugenommen haben, so kann doch eine Besserung der Klassenverhältnisse festgestellt werden. Der weitere Ausbau des Einfasserverwehens müsse die Klassenverhältnisse noch weiter verbessern. Der Durchschnittsbeitrag pro Kopf und Vierteljahre betrage jetzt pro Quartal 10 Beiträge. Das läßt sich wohl eine weitere Besserung als möglich erscheinen; daselbst trifft auch auf den Vertrieb der Volkskalender zu. Allen Genossen, die an der Ausarbeitung und Ausgestaltung des Volkskalenders mitgearbeitet haben, gebühre auch von dieser Stelle aus der Dank der Parteigenossen.

Der Vertrieb der Parteitagprotokolle, der Kolb'schen Handbücher, der Gemeindeverordnungen usw. lasse ebenfalls zu wünschen übrig.

Das von dem Landesvorstand den Organisationen zur Verfügung gestellte Verwaltungsmaterial müsse überall zur Einführung gebracht werden.

Zu den Ausgaben sei zu bemerken, daß für die allgemeine Agitation 461 Mk. und an Agitationszuschüssen an die verschiedenen Kreise 2300 Mk. verausgabt wurden. Der Landesvorstand sei gern bereit, Zuschüsse an die Kreise zu leisten, letztere sollten andererseits auch darauf bedacht sein, dem Landesvorstand die dazu erforderlichen Mittel zu beschaffen.

Die Bezirkssekretariate hätten an Gehälter und Zuschüssen den Betrag von 8070 Mk. erfordert. Mit Rücksicht auf die Höhe der Ausgaben seien andere Resultate zu erwarten gewesen.

Der Parteitag in Offenburg und die Zuschüsse für den Gemeinpartei Parteitag hätten erhebliche Beträge in Anspruch genommen. Nachdem der Agitationsbeitrag in Wegfall gekommen ist, könne der Landesvorstand künftig für die Beschaffung deutscher Parteitage Zuschüsse nicht mehr leisten. Das Landessekretariat habe für Anschaffungen, Bücher usw., den Betrag von 1500 Mk. erfordert. Der Kassenbestand betrage 9489 Mk., das Kassenbuch 11518 Mk., zusammen also 21007 Mk.

Das letzte Ergebnis des Geschäftsberichtes sei auf die verspätete Einfindung der Massenberichte seitens verschiedener Organisationsleitungen zurückzuführen.

Das Klassenwesen müsse nach dem Muster der Gewerkschaften organisiert werden, dann werde mancher Mißstand verschwinden und es werde dann bald möglich sein, die Landtagswahlen in Baden aus eigenen Mitteln bestreiten zu können.

Namens der Redizoren berichtet Gen. Böttger-Mannheim, daß Bücher und Masse in bester Ordnung sich befinden haben und beantragt, dem Kassier Decharge zu erteilen.

Genosse Frank stellt nach bezüglich der vorliegenden Anträge die Unterstufungsfrage. Es liegen folgende Anträge vor:

Die Mitgliedschaft Zell i. B. beantragt, daß die Landesliste der örtlichen Mitgliedschaften einen kleinen Zuschuß zur Beschaffung der Landesparteitage gewährt.

Mitgliedschaft Mosbach: 1. Der Landesparteitag setzt sich zusammen: 1. Aus je einem Vertreter der 73 badischen Landtagswahlkreise. Die Kosten für diese Delegation trägt die Landesliste. 2. Aus den gewählten Delegierten der Mitgliedschaften. Für je 50 Mitglieder ist ein Delegierter zu wählen. Die Kosten tragen die Mitgliedschaften. 3. Kommunalausschüsse. Der Landesparteitag wolle beschließen, daß unsere Landtagsfraktion beauftragt wird, im kommenden Landtag dahin zu wirken, daß die bad. Gemeindeordnung wie folgt geändert wird: Auch die Gemeinden mit über 4000 Einwohnern wählen den Gemeinderat direkt und mittels der Verhältniswahl.

Anträge der Mitgliedschaft Saslach i. R.: 1. Der bad. Parteitag wolle beim deutschen Parteitag einen Antrag einbringen, wonach es den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten zur Pflicht gemacht wird, bei Abstimmungen über wichtige Gesetzesvorlagen, wenn irgend möglich, zugegen zu sein. 2. Der Parteitag wolle beschließen, daß Doppelmandate künftig unzulässig sind.

Die Preschkommission des Volksfreunds beantragt folgendes Statut für die Preschkommission zu genehmigen:

Die Preschkommission setzt sich aus 5 Genossen zusammen, welche alljährlich nach dem ordentlichen Parteitag gewählt werden. Vier davon wählt der sozialdem. Ortsverein Karlsruhe, der fünfte wird durch den sozialdem. Verein Durlach gewählt.

Der Preschkommission sind folgende Aufgaben zugewiesen: Sie hat die prinzipielle und taktische Haltung des Volksfreunds zu übernehmen. Sie hat ferner die Beschlüsse über die Parteipresse zu entscheiden. Außerdem ist sie bei allen Personal- und wichtigen geschäftlichen Angelegenheiten des Volksfreunds vor der Entscheidung zu hören. Sie ist insbesondere bei der Anstellung und Entlassung der Redakteure, des technischen und kaufmännischen Personals von dem Verlag und Landesvorstand gutachtlich zu Rate zu ziehen. Die Preschkommission ist bejagt, sich jederzeit durch ihren Vorsitzenden oder ein beauftragtes

Mitglied über den Stand des Parteigeschäftes zu informieren.

Nicht genügend unterstützt werden die Anträge Zell i. B., Mosbach 1 und 2 und die Anträge Saslach i. R. Die Unterstufung finden die Anträge Mosbach 3 und Karlsruhe.

Hahn-Mannheim erklärt bezüglich der Sekretariate, daß die vom Landesvorstand erwogene Änderung nicht vorzuziehen sei, sondern erst nach den Landtagswahlen vorgenommen werden soll.

In der Debatte erhielt zunächst Gen. Marzloff-Freiburg das Wort. Er führt aus, daß die Ordnung der Klassenverhältnisse auch im Freiburger Bezirk auf die Vermehrung der Mitgliederzahl eingewirkt habe. Bezüglich der Agitation gegen die Militärverlage hätte Redner eine ausgiebigere schriftliche Agitation durch die Herausgabe eines Flugblattes gewünscht. Das hätte mehr genützt, wie die Versammlungen. In der Sekretariatsfrage sei die Stellungnahme des Landesvorstandes durchaus zu billigen. Infolge der eingerichteten Agitationsstellen sei die Organisation wie auch die Presse in Oberbaden gefördert worden. Die Presse könne eventl. auch einen Zuschuß zu den Agitationsstellen leisten.

Ein weiter eingelaufener Antrag besagt: Der Landesparteitag beschließt: Kandidaten, die bei Gemeinderatswahlen aufgestellt werden, müssen in der Regel mindestens drei Jahre, die zu Land- und Reichstagswahlen mindestens 5 Jahre Mitglied der sozialdem. Partei sein.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Gabel-Rilppur erwähnt die Schwierigkeiten der Agitation auf dem Lande; er empfiehlt dann die Durchführung des Einfasserverwehens. Zu betonen sei, daß die durchgeführten Personalkultus. Die Parteisekretariate sollten aufrecht erhalten werden.

Genossin Fischer-Karlsruhe dankt dem Landesvorstand für die Tätigkeit im Interesse der Frauenbewegung. Weiter werde die Frauenorganisation von manchen Parteigenossen und deren Frauen außer Acht gelassen. Die Frauenbewegung müsse auch auf dem Lande mehr Verbreitung finden, da man die Frauen im Kampfe nicht entbehren könne. Rednerin wirft die Frage auf, ob nicht überall Versammlungen mit einem Thema über die Frauenfrage abgehalten werden sollen. Das im vergangenen Jahre herausgegebene Flugblatt habe nicht voll und ganz befriedigt, es habe zu wenig unseren badischen Verhältnissen Rechnung getragen.

Beber-Durlach will im allgemeinen gegen die Ausführungen des Genossen Geiß über die Sekretariate nichts einwenden. Es müsse aber auch gesagt werden, daß Streichungen von Mitgliedschaften vorgenommen werden müßten, weil sie ihren Verpflichtungen nicht nachkamen oder weil Verhältnisse bestanden, die die Aufrechterhaltung der Mitgliedschaften als unmöglich erscheinen ließen. Der Sekretär könne auch nicht alles machen, er müsse auch von allen Genossen unterstützt werden und hierin wäre manches zu besetzen. Zu betonen sei, daß der Landesvorstand den Kreisvorsitzenden keine Mitteilung davon habe zugehen lassen, daß auf dem heutigen Parteitag die Frage der Sekretariate erörtert werden solle. Die Tätigkeit mancher Organisationsleiter in der Verteilung unserer Druckschriften sei sogar zu tadeln.

Nachträglich läßt der Vorsitzende über einen Geschäftsordnungsantrag abstimmen, der verlangt, daß die Frage der Aufhebung der Parteisekretariate aus der Diskussion ausgeschieden soll. Der Antrag wird angenommen.

Haberer-Offenburg ist der Ansicht, daß die Aufhebung des oberbadischen Parteisekretariats Sache des Landesparteitages gewesen wäre. Die Mitgliederbewegung könne nicht beibehalten. Im mittelbadischen Bezirk sei ein Mitgliederverlust nicht zu bezweifeln. Der Geschäftsbericht des Landesvorstandes hätte früher erscheinen sollen. Die Organisationsleitungen im Lande sollten dies durch rechtzeitige Einfindung ihrer Berichte an den Landesvorstand möglich machen. Im nächstjährigen Bericht soll eine Statistik über das Verhältnis der Zahl der organisierten Genossen zu den in den einzelnen Kreisen abgegebenen Stimmen eingefügt werden.

Genossin Hoffmann-Mannheim ist mit dem heutigen Stande der Frauenbewegung nicht zufrieden. Selbst in Industriegebieten habe die Frauenbewegung noch gegen das Vorurteil der Parteigenossen anzukämpfen. Bei Frauenemonstrationen darf es nicht bleiben, die organisierten Frauen haben den Beweis geliefert, daß sie mitarbeiten können in unserem Kampfe. Das beweise z. B. auch die Mitarbeit der Mannheimer Genossinnen in der Kinderbeschützungsaktion, die ja auch der letzte Bericht der Gewerkschaftskommission lobend anerkannt habe. Es sei eine Pflicht der Parteigenossen, dafür zu sorgen, daß wir die Frauen mehr und mehr in unsere Organisationen hereinbringen.

Ubele-Karlsruhe ist mit dem Antrag betr. Gemeinderatswahlen einverstanden, bezweifelt aber dessen Durchführbarkeit. Bei Kommunalwahlen auf dem Lande könne man nicht immer strikte nach dem im vorliegenden Antrag gegebenen Rezept verfahren.

Welbert-Rastatt läßt Kritik an der bei vielen Genossen zutage tretenden Gleichgültigkeit. Bei den Kommunalwahlen müsse man mit den bestehenden Verhältnissen rechnen. Die Mitgliederzahl sollte ähnlich wie bei den Gewerkschaften nach der Zahl der geleisteten Beiträge berechnet werden. Das werde Ordnung in die Verhältnisse bringen.

Riedmiller-Emmendingen bekämpft ebenfalls den Antrag betr. Aufstellung der Kandidaten zu den Gemeinderatswahlen. Er erwähnt dann die Umstände, unter denen in verschiedenen oberbadischen Orten mit andern Parteien Kompromisse abgeschlossen worden seien. Der vorliegende Antrag würde dazu beitragen, derartige Kompromisse zu vermeiden, da bei dessen strikter Durchführung die Parteigenossen mancher Orte sich nicht selbständig an den Gemeinderatswahlen beteiligen können. Die Einrichtung der Agitationsstellen habe sich gut bewährt, es sei nicht lediglich Agitationsarbeit, die dort verrichtet werde, so gebe z. B. die Durchführung der Reichsversicherungsordnung ein ergebnisreiches Tätigkeitsgebiet. Bezüglich der Frauenorganisation wäre mehr geeignetes Agitationsmaterial erforderlich, ebenso auch in bezug auf die Jugendbewegung. Redner wünscht, daß künftig keine gedruckten Parteitagprotokolle mehr herausgegeben werden.

Engler-Freiburg tritt dem letzteren Vorschlage des Vorredners entgegen. Die Protokollberichte können etwas kürzer gehalten werden. Der Antrag betr. die dreijährige Parteimitgliedschaft als Voraussetzung für die Aufstellung der Kandidaten zu Gemeinderatswahlen könne seinen Befall nicht finden. Man müsse auf den Charakter und die Fähigkeiten der betr. Genossen achten. Hier müssen aber die Vorsitzenden und die Sekretäre regeln eingreifen. Zur Sekretariatsfrage verweise er auf die in Oberbaden gemachten Erfahrungen. Mit der Streichung von Mitgliedern solle man vorsichtig sein.

Meyer-Heidelberg empfiehlt, den Antrag betr. der Kandidaten zu den Gemeinderatswahlen abzulehnen. Die Verhältniswahl biete die Möglichkeit, Gefahren zu meiden. Bei der Aufstellung der Proporzlisten solle man vorsichtig sein. Allerdings dürfe man sich von der Rücksichtnahme auf verwandtschaftliche Verhältnisse nicht nehmen. Parteipolitische Gründe sollten den Ausschlag geben. Die Überachtlung der wählbaren Vorstände könne für uns schwere Nachteile mit sich bringen. Zu den Bürgerausschüssen bemerkt Redner, daß die Bam-

teilnahme m...
bärglichen...
vor dem E...
publizier...
werde.

Strob...
Fingblatt...
passende...
wie Mann...
durch Weg...
keine Beran...
zu verweie...
logialdemo...
faun, Ma...
werden. An...
werben. An...
sollte man...
11. Kreise...
männ man...
aber fehlen...
organisiere...
Engle...
der, in der...
Roh...
Sowjäre...
gearbeitet...
zugehörig...
den Boden...
an die Aut...
den Antrag...
sei besser...
als Leue...
schauungen...
Der Be...
auf Schluß...
Schluß der...
Zum G...
der Agitati...
Acht lassen...
nicht imine...
Breitbreit...
Kosten ver...
Herbsten...
wenig gen...
jedermann...
schwer zu...
Landesvor...
den Gemein...
punkt, daß...
Im übrige...
Debatte de...
markierten...
Hahn...
Kohwendig...
wo alle B...
die Abrech...
bericht fr...
die in der...
werden, je...
konstatiere...
Der A...
gutgeheise...
Der V...
mission un...
Der z...
ferner für...
langt, daß...
1 Jahr...
Mitglieder...
Genoss...
gewünscht...
Genos...
ber Kandid...
wir in der...
Zur L...
rauf diese...
Damit...
erledigt...
Die n...
öffentliche...
lung einve...
Der z...
mit der S...
Eng...
abend stat...
Flo...
auf diegen...
Eng...
ordentliche...
stand die...
Dieser...
geschloss...
Punk...
Frank...
Parteien...
standes...
Seite...
demokrati...
zu einer...
auch in...
sechs Jal...
meint nur...
sich ver...
sonders...
die Volk...
Wem...
Rabate...
der Genof...
burg hat...
einen St...
eine Nie...
Redn...
nosjen...
berzlich...
Parteitag...
zurückden...
Kampf g...
zu gebra...
Gen...
vorstand...
die Glüc...
gung. D...
wieder...
militärf...
Forderungen...
die Bed...
die Koste...
Teil der

... zu inf...
...träge Hell i...
... Die Unter...
... Karlsruhe...
... Sekretariate...
... erung nicht vor...
... genommen wor...
... Marzloff...
... Ordnung der...
... auf die Ber...
... Bezüglich der...
... ebner eine aus...
... herausgabe eines...
... genügt, wie die...
... die Stellungs...
... Infolge der...
... Organisation wie...
... Die Presse...
... Agitationsstellen...
... Der Landes...
... Gemeindeführer...
... mindestens drei...
... sein...
... leiten der Ag...
... Durchführung...
... dort zutage...
... sollten auftreten...
... Landesvorstand...
... Bewegung. Seiner...
... Parteigenossen...
... Frauenbewegung...
... finden, da man...
... eine. Rednerin...
... mmlungen mit...
... werden sollen...
... Flugblatt habe...
... wenig unsern...
... gegen die Aus...
... late nichts ein...
... Streidungen...
... fien, weil sie...
... weil Zeitw...
... Mitgliedschaften...
... für könne auch...
... Genossen unter...
... beßern. Zu...
... vordanden keine...
... dem heutigen...
... werden solle...
... der Verteilung...
... men Geschäfts...
... die Frage...
... Diskussion aus...
... die Aufhebung...
... Landespartei...
... könne nicht...
... Mitglieder...
... des Landes...
... Organisations...
... Einbindung...
... machen. Im...
... Verhältnis...
... den einzelnen...
... dem heutigen...
... selbst in An...
... das Vor...
... Frauenbeweg...
... Frauen...
... können in...
... Mitarbeit der...
... Kommission, die...
... lobend aner...
... dafür zu...
... in unsere...
... r. Gemeindef...
... schärft. Ich...
... nicht immer...
... neuen Rezepte...
... vielen Ge...
... Kommunal...
... rechnen...
... erwirtschaften...
... werden. Das...
... als den An...
... Gemeindef...
... enen in ver...
... teien Kom...
... den Antrag...
... vernehmen...
... müssen man...
... waltungsstellen...
... ationsarbeit...
... führung der...
... gebiet. Be...
... gnetes Ag...
... auf die...
... keine ge...
... werden...
... schlage des...
... en etwas...
... dreijährige...
... Aufstellung...
... einen Befall...
... die fähig...
... der Vor...
... Zur Secte...
... gemacht...
... ebenen solle...
... r. der Lan...
... Verhältnis...
... Bei der...
... sein. All...
... verwandt...
... die Gründe...
... der näch...
... bringen...
... die Wan

teilnahme mancher Genossen für den einen oder anderen bürgerlichen Kandidaten entschieden zu tadeln ist. Er warnt vor dem Streben, sozialdemokratische Bürgermeister durchzubringen. Zu wünschen sei, daß kommunalpolitisches Material gesammelt und den Genossen zur Verfügung gestellt werde.

Strobel-Mannheim empfiehlt, aus dem zentralen Flugblatt für die Frauenbewegung für unsere Verhältnisse passende Flugblätter herauszuarbeiten. In einer Zahlstelle wie Mannheim bei 8000 Mitgliedern gehen manche Beiträge durch Wegzug, Arbeitslosigkeit u. verloren, man hat also keine Veranlassung, in kritisierendem Sinne auf Mannheim zu verweisen. Dieses leistet für seine Mitglieder und für die sozialdemokratische Partei so viel, daß man nur wünschen kann, Mannheim würde überall zum Vorbild genommen werden. An der im 11. Kreis geübten parlamentarischen Wirtschaft sollte man sich im übrigen Lande ein Beispiel nehmen. Im 11. Kreise würde man noch weitere Fortschritte machen, wenn man einen weiteren Beamten anteielen könnte. Dazu aber fehlen die Mittel, weil man zu viel an die Landesorganisation abführen muß.

Engler-Freiburg bittet als stellvertretender Vorsitzender, in der Verteidigung der einzelnen Kreise Maß zu halten.

Rehau-Pforzheim meint, dem 11. Kreis seien keine Fortschritte gemacht worden, in anderen Kreisen werde auch gearbeitet. Betreffs des Verlangens der dreijährigen Parteizugehörigkeit der Gemeindeführer stelle er sich auf den Boden des Antrages. Es sei falsch, große Erwartungen an die Aufstellung von Kandidaten zu knüpfen, die die in dem Antrage enthaltenen Voraussetzungen nicht erfüllen. Es sei besser, weniger Mitglieder im Bürgerausschuß zu haben, als Leute, die nicht voll und ganz imstande sind, unsere Anschauungen zu vertreten.

Der Vorsitzende Frank gibt bekannt, daß drei Anträge auf Schluß der Debatte eingelaufen sind. Der Antrag auf Schluß der Debatte wird einstimmig angenommen.

Zum Schlußwort erhält Gen. Geiß das Wort. In der Agitation gegen die Militärvorlage solle man nicht außer Acht lassen, daß die von Berlin kommenden Flugblätter nicht immer unseren Bedürfnissen entsprechen und daß die Verbreitung von Flugblättern im Oberlande mit großen Kosten verbunden sei. Die Aufhebung des Sekretariats für Oberbaden auf dem Parteitage zu beschließen, sei nicht notwendig gewesen, da mit der vorgenommenen Reorganisation jedermann einverstanden sein könne. Daß draußen im Lande schwer zu arbeiten sei, als im Mannheimer Kreise, wisse der Landesvorstand auch. Bezüglich der Kandidatenaufstellung zu den Gemeindeführern siehe der Landesvorstand auf dem Standpunkt, daß nur tüchtige Parteigenossen aufgestellt werden. Im übrigen freue er sich, konstatieren zu können, daß die Debatte den einmütigen Willen gezeigt habe, vorwärts zu marschieren.

Sahn-Mannheim betont in seinem Schlußwort die Notwendigkeit der Anstellung eines Sekretärs für den 9. Kreis, wo alle Voraussetzungen dafür gegeben seien. Wenn künftig die Berechnungen früher einlaufen, werde auch der Geschäftsbericht früher in die Hände der Genossen gelangen. Wenn die in der heutigen Diskussion gemachten Anregungen befolgt werden, so wird auch bald ein weiterer Fortschritt zu konstatieren sein.

Der Antrag auf Entlastung des Kassiers wird einstimmig gutgeheißen.

Der Antrag Karlsruhe betr. das Statut der Preßkommission wird einstimmig angenommen.

Der Antrag Mosbach 3 wird ebenfalls angenommen.

Gen. Frank fragt an, ob das Wort zu Punkt Presse gewünscht wird. Das Wort wird nicht verlangt.

Gen. Sahn erhielt sodann das Wort zur Verlesung der Kandidatenliste für die Landtagswahlen. (Die Liste tragen wir in den nächsten Tagen nach.)

Zur Kandidatenliste wird das Wort nicht verlangt, worauf dieselbe für angenommen erklärt wird.

Damit ist das Arbeitspensum für den heutigen Tag erledigt.

Die morgigen Verhandlungen des Parteitages sollen in öffentlicher Tagung behandelt werden, womit die Versammlung einverstanden ist.

Der Vorsitzende schlägt vor, am morgigen Tage Punkt 9 mit der Sitzung zu beginnen.

Engler-Freiburg bittet die Genossen, an dem heute abend stattfindenden Bankett teilzunehmen.

Hohr-Durlach schlägt vor, die Wahl des Vorortes auf diesem Parteitag vorzunehmen.

Engler-Freiburg schlägt vor, daß bis zum nächsten ordentlichen Parteitag der bisherige Vorort und Landesvorstand die Geschäfte weiter zu führen habe.

Dieser Vorschlag findet Annahme worauf die Sitzung geschlossen wird.

*

Zweiter Verhandlungstag.

Punkt 9 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Gen. Dr. Frank, die Sitzung. Er begrüßte zunächst die Vertreter der Parteien der benachbarten Bundesstaaten und des Parteivorstandes.

Seitens der Freiburger Parteigenossen begrüßte Gen. Geiß den Parteitag. Er wies darauf hin, wie die sozialdemokratische Partei dem Geiste ihrer Gegner zum Trotz zu einer gewaltigen Macht angewachsen sei, wie im Reich, auch in Baden und im besonderen auch in Freiburg. Vor sechs Jahren hatte unsere Partei im Freiburger Stadtparlament nur zwei Vertreter, heute hat die Sozialdemokratie zwei Vertreter im Stadtrat und 14 im Bürgerausschuß. Besonders stolz seien die Freiburger Genossen auf ihre Presse, die Volksmacht, die sich sehr gut entwickelt habe.

Wenn bei der letzten Reichstagswahl im Lande Baden zwei Mandate verloren gingen, so lag das nicht an der Arbeit der Genossen, sondern an der Waderaktiviät. Aber gerade in Freiburg haben unsere Genossen dazu geholfen, dem Zentrum einen Sitz zu entreißen und dadurch der Waderischen Politik eine Niederlage zu bereiten.

Redner heißt dann alle zum Parteitag erschienenen Genossen, besonders auch den Vertreter des Parteivorstandes, herzlich willkommen. Er wünsche, daß die Teilnehmer des Parteitages noch oft und gern an den Freiburger Parteitag zurückdenken. Der heutige Parteitag soll uns Waffen zum Kampf gegen unsere Feinde geben und uns lehren, die Waffe zu gebrauchen.

Gen. Ebert-Berlin dankt als Vertreter des Parteivorstandes für die freundliche Begrüßung und überbringt die Glückwünsche des Parteivorstandes zu der heutigen Tagung. Diese falle in eine ernste Zeit, in der der Militarismus wieder mächtig sich erhebe. Die bürgerlichen Parteien sind militärtrumm geworden; sie bewilligen bedingungslos alle Forderungen der Säbelhändler; sie verjagen dagegen bei allen Forderungen, die auf eine Heeresreform hinauslaufen. Ob die Deckungsfrage sich so regeln lasse, daß die Besiegten die Kosten zu tragen haben, ist sehr fraglich. Die Opferwilligkeit der Patrioten näherte sich mehr und mehr dem Gefrier-

punkt. Die in Baden bevorstehenden Landtagswahlen haben Bedeutung weit über die Grenzen Badens hinaus. Selbstverständlich muß verhindert werden, daß das badische Volk unter die Herrschaft der Ritter und Heißen gerät. Der Parteivorstand wünsche den badischen Genossen zum bevorstehenden Wahlkampf den besten Erfolg.

Namens der pfälzischen und bayerischen Genossen überbringt Gen. Proff-Ludwigshafen a. Rh. die Grüße der dortigen Genossen. Unsere Partei sehe in Baden vor einem schweren Kampfe, der überall hohes Interesse erwecke. In der Pfalz werde man die Verhandlungen über das Blockabkommen — oder wie man in der Pfalz sagt — den Kaufhandel mit besonderem Interesse verfolgen. (Geisterzeit.) In Bayern ist die Situation heute so, daß alles, was nicht schwarz ist, unterdrückt werde. Das Koalitionsrecht wird unterdrückt, die Verfassung mit Füßen getreten. Aus Bayern kann man erfahren, wessen man sich zu versehen hat, wenn das Zentrum zur Herrschaft gelangt. Zum Kampf gegen diese Partei rufe er den badischen Genossen ein herzliches Glück auf!

Gen. Neumann begrüßt den Parteitag namens der heffischen Landespartei. Auch in Hessen verfolge man den bevorstehenden Landtagswahlkampf mit Interesse. In Hessen müsse die Sozialdemokratie den Kampf allein führen; die heffischen Nationalliberalen seien mit den badischen nicht zu vergleichen. Wenn unsere Partei im heffischen Landesparlament keine bessere Vertretung habe, so liege das an dem erbärmlichen Ruralwahlrecht. Die Organisation sei in Hessen im Vormarsch und das erfülle die Genossen mit Zuerwartung, daß der endliche Sieg auf unserer Seite sein muß. Er wünsche den heutigen Verhandlungen besten Erfolg.

Gen. Kueber-Strasbourg überbrachte die Grüße der reichslandischen Genossen. Die elsäß-lothringische Bevölkerung werde vielfach verächtigt, daß sie von Heerangehörigen erfüllt sei. Das sei nicht wahr, die Elsäß-Lothringer wollten den Frieden; die elsäßischen Genossen fühlten sich eins mit den Genossen im Reich.

Der Landesvorstand der württembergischen Partei überbrachte ein Begrüßungstelegramm.

Dr. Frank macht dann Mitteilung von dem telegraphisch gemeldeten Hinscheiden des Genossen Laden, zu dessen Andenken sich die Verammelten von den Plätzen erheben.

Breitenfeld-Börsach berichtete über die Mandatsprüfung. Es seien 134 Delegierte, darunter drei Delegierten, aus allen Teilen des Landes erschienen, ferner die Vertreter aller Kreise, 16 Mitglieder der Landtagsaktion, ein Vertreter des Parteivorstandes, drei Vertreter aus benachbarten Bundesstaaten, drei Sekretäre und sieben Vertreter der Presse. Dann ein mandatsloser Genosse aus Albrunn. Die Delegiertenzahl der Mannheimer Genossen werde beanstandet, da sie 15 Delegierte geschickt haben; nach Meinung der Mandatsprüfungskommission aber nur Anspruch auf 14 Delegierte haben; es seien für 15 Delegierte noch 108 Mitglieder. Sonst seien keine Beanstandungen gemacht, alle Mandate mit Ausnahme des 15. Mannheimer Mandats seien für gültig zu erklären.

Auf Vorschlag des Genossen Engler werden alle Mandate, auch das 15. Mannheimer, für gültig erklärt.

Es folgt die Verhandlung über den wichtigsten Gegenstand der Tagung. Das Wort erhält

Dr. Frank über die bevorstehenden Landtagswahlen.

Gen. Dr. Frank als Referent führte aus: Wenn nicht alle Zeichen trügen, werden wir dieses Jahr einen Wahlkampf haben, so erbittert, so leidenschaftlich, wie wir ihn noch nie erlebt haben. Die Artikel und die Ueberschriften derselben im badischen Beobachter werden immer länger und aufgeregter, und die Broschüren, die gegen uns verfaßt und herausgegeben werden, werden immer zahlreicher und immer wider. Die paar Hundert Parteisekretäre des Zentrums in den Pfarhäusern machen überall schon mobil und man sagt sogar, daß da und dort im Weichstuhl gegen die Volkswacht und gegen andere badische Parteiblätter schon kräftig gearbeitet wird. Nun ist selbstverständlich, daß wir vor diesen Vorbereitungen nicht etwa Angst haben. Im Gegenteil, wir alle sind froh, wenn uns der Wind recht ordentlich um die Köpfe pfeift, und die großen Anstrengungen, die von der gegnerischen Seite gemacht werden, um uns bei den nächsten Landtagswahlen eine Niederlage zu bereiten, sind die größte Schmeichelei für uns. Denn diese Anstrengungen beweisen, daß wir uns einen Platz im politischen Leben Badens errungen haben und daß wir den Gegnern, namentlich dem Zentrum, sehr, sehr unbehaglich geworden sind. Wir müssen aber auch damit rechnen, daß der nächste Wahlkampf von der Gegenseite nicht immer mit ritterlichen Waffen geführt werden wird. Wir haben schon manche Proben davon gesehen, wie und in welcher Form gearbeitet werden wird; wir haben schon manche vergiftete Pfeile fliegen sehen. Daher rechne ich vor allem den Versuch, die badische Regierung zu veranlassen, daß sie ihren Beamten die Wahlfreiheit nimmt. Es ist ein, ich möchte sagen, trauriges Schicksal, das sich vor unseren Augen vollzieht, wenn wir denken, wie vor Jahrzehnten als der Minister Eichenlohr noch am Ruder war, die Tätigkeit der Zentrumspartei darin bestand, gegen die Amtmänner Sturm zu laufen und jetzt der bekannte Führer des Zentrums am Schluß seiner politischen Laufbahn dazu herabsinkt, die Hilfe der badischen Regierung anzusuchen, zu deren Bekämpfung er seine besten Lebenskräfte einsetzte. (Sehr richtig!) Die Angriffe, die wie anlässlich des Mannheimer Attentats auf den Großherzog auf die Mannheimer Sozialdemokratie erfolgt sind, fallen auf die Urheber zurück. Wir wollen uns aber durch diese schlechten Beispiele nicht dazu verleiten lassen, den Wahlkampf auf ein gleiches Niveau herabzuziehen, sondern dabei bleiben, daß wir unsern Stolz darin setzen, einen anständigen, sachlichen Wahlkampf durchzuführen.

(Sehr richtig!) Nun ist die Aufgabe, die uns gestellt ist, keine leichte. Wir haben im Jahr 1909 vor allem unter dem Eindruck der Finanzreform einen ganz gewaltigen Erfolg erzielt, unsere Stimmenzahl ist mächtig emporgestiegen, die Zahl unserer Abgeordneten hat sich um 75 Prozent erhöht. Wir müssen nun bei dieser Wahl beweisen, daß die Begeisterung von 1909 kein Strohhalmfeuer, oder kein Jünderholzerfeuer gewesen ist. Wir müssen zeigen, daß wir verstanden haben, in den vier Jahren

aus den Wählern von 1909 Parteigenossen von 1913 zu machen. Wie 1909 wird auch im Jahr 1913 die Reichspolitik einen gewissen Einfluß auf die Landtags-

wahlen ausüben. Die Behandlung der Deckungsvorlagen, die zurzeit das Reichsparlament beschäftigen, werden auch bei der Landtagswahl-Agitation eine Rolle spielen. Wie die Steuern aussehen werden, die der Reichstag in den nächsten zwei Wochen beschließt, wissen wir noch nicht. Das eine dürfen wir jedoch feststellen: Wenn die Regierung dieses Mal nicht gewagt hat, dem Reichstag Steuern auf den Verbrauch vorzuschlagen, so ist das in erster Linie zurückzuführen auf die unermüdete Agitation und die Aufklärung, die die Sozialdemokratie seit 1909 getrieben hat. Die Regierung hat nicht mehr den Mut gehabt, neue indirekte Steuern zur Deckung der Militärvorlage vorzuschlagen. Und auch die Anträge, die in den letzten Tagen dem Reichstag beschickt haben, werden im Lande verstanden werden. Sie alle wissen, wie wichtig es ist, wenn das Beschwerderecht der Soldaten ein anderes würde, wenn das Militärstrafgesetzbuch ein anderes würde. Da können wir gerade in Baden Beispiele von entsetzlichen Verurteilungen anführen. Ich bitte Sie, sich zu erinnern

an den Fall in Mosbach,

wo Soldaten im Manöver in einer Wirtschaft einen Streit bekamen und in eine Schlägerei gerieten. Es war darin ein Unteroffizier verwickelt und die Folgen waren, daß mehrere unbescholtene Menschen, Bauernsöhne, Zuchtstrafen bis zu fünf Jahren bekamen. (Hört, hört!) Ein ähnlicher Fall war

in der Gengenbacher Gegend vorgekommen. Für derartige entsetzliche Strafen sind die bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme mit verantwortlich. Weiter ist der Militärboykott zu nennen, der dieser Tage im Reichstag gekennzeichnet worden ist. Auch wir in Baden müssen da leider in einer Reihe mit Preußen und anderen norddeutschen Ländern marschieren. Wir haben in Mannheim noch 53 Wirtschaften, die den Militärboykott haben, in Karlsruhe eine große Zahl, sogar in Baden-Baden noch etliche. All diese Dinge haben wir im Reichstag nicht nur zur Sprache gebracht, sondern sie zu verhindern versucht durch Anträge und wir sind von den bürgerlichen Parteien im Stiche gelassen worden. Wenn auch diese Fragen der Reichspolitik nicht auszusprechen sein werden bei der Agitation für die Landtagswahlen, so wird doch die entscheidende Bedeutung

den Fragen der Landespolitik im engeren Sinne zukommen. Im Mittelpunkt unserer Agitation steht in Baden seit Jahrzehnten immer die Schule. Wir werden im Landtag vor allem eintreten für die Erhaltung und den Ausbau der konfessionell gemischten Volksschule. Es ist etwas selbstverständliches, daß wir verlangen, daß die Kinder nicht schon im zarten Alter nach Konfessionen getrennt werden. Wenn man acht Jahre die Kinder in der Schule nach Konfessionen auseinandertreibt, die doch später im Leben Seite an Seite in der Fabrik, Werkstätte u. schaffen müssen, dann wird es leicht, nach dem 14. Lebensjahr die Arbeiter zu trennen, nach katholischen und nach evangelischen und sie alle zu beherrschen. (Sehr richtig!) Wir begnügen uns aber nicht mit der Verteidigung der gemischten Volksschule, wir wollen auch, daß sie ausgebaut wird und dazu gehört vor allem, daß die Lehrerbildung der Ausbildung der Schüler gleichgesetzt wird. Es ist ein Übel, daß wir an der gemischten Volksschule Lehrer unterrichten sehen, die ihrerseits in konfessionellen Anstalten ausgebildet sind. Wir haben immer noch, obwohl der letzte Landtag deutlich genug gesprochen hat, eine Anzahl Seminare, die nach Konfessionen getrennt werden; hier muß endlich einmal Abhilfe geschaffen werden. Wir Sozialdemokraten verlangen auch, daß die Schule eine rein weltliche

wird. Wir scheuen uns nicht, das deutlicher auszusprechen wie manche andere Parteien. Wir verlangen, daß der Pfarrer in der Schule nichts zu sagen hat. (Zustimmung.) Der Pfarrer mag innerhalb seiner kirchlichen Organisation Religionsunterricht erteilen, so viel er will, die Schule soll die Vorbereitung für das Leben, für die Welt sein. Mit dieser Trennung der Schule von der Kirche allein ist's noch nicht getan. Wir müssen auch verlangen, daß die Schule nicht bloß konfessionell, sondern auch sozial gemischt sind, daß diese Einrichtungen von besonderen Vorschulen und dergleichen für die Söhne der besitzenden Klassen aufhören. Es ist für jeden gut, auch für die Kinder der Reichen, wenn sie mit den Kindern der Armen auf der gleichen Bank sitzen und sehen, daß es auch Kinder gibt, die sich nicht kaffeeen können und die schlecht gekleidet sind. Weiter verlangen wir, daß dafür gesorgt wird, die Kinder der Armen aufzudecken zu lassen in die höheren Lehranstalten und zur Unversität, wenn sie begabt sind. Die Begabten sollen das Land regieren, nicht die Reichen. (Beifallige Zustimmung.) Die Kirche hat auf dem Gebiete, von dem ich jetzt spreche, gewisse Verdienste. Sie hat es verstanden, die Talente von unten, aus der Bauernschaft namentlich, heraufzuholen und dadurch ihre Macht zu stärken. Was hat in der Beziehung der Staat getan? Wir haben nicht eine Auslese der begabten, sondern vielfach eine solche der Dummsten! Wenn der Vater das Geld hat, dafür zu sorgen, daß der Sohn in 15 Jahren das Gymnasium durchmacht, dann wird dieser schließlich ein Beamter und sogar einer der höchsten Beamten. Nun werden wir ja voraussichtlich im nächsten Landtag kaum Gelegenheit haben, ein Gesetz zu erlassen, daß diese unsere Forderung durchsetzt. Eine Vorlage derart wird die Regierung kaum bringen. Hingegen wird auf einem anderen Gebiete des Schulwesens eine Vorlage zu erwarten sein und zwar auf dem Gebiete

des Fortbildungsschulwesens.

Wir begrüßen die geplante Reform der Fortbildungsschule vor allem in dem Punkt, der die Gleichstellung der Mädchen mit den Knaben bringt. Hingegen haben wir schwere Bedenken in anderer Beziehung. Diese Reform wird den Gemeinden wieder große Lasten auflegen, den Kleineren und den großen. Aber wie verhält sich der Staat demgegenüber? Die Regierung hat im Landtag vielfach erklärt, daß sie mit der Schuldenlast in den Städten nicht zufrieden sei. Das war eine recht

gemeinliche Stellung der Regierung. Woher kommen
vielfach die Millionen schulden? Sie kommen daher, daß
die großen Städte die Aufgaben erfüllt haben, die der
Staat nicht erfüllt hat! Sie waren in Wahrheit viel-
fach Staats schulden, und es steht dem Staat schlecht
an, in dieser Beziehung davor zu fahren. Es wird
unser Aufgabe sein, bei Beratung des Fortbildungs-
schulgesetzes dafür zu wirken, daß der Staat und nicht
die Gemeinden die Lasten der Fortbildungsschulen zu
tragen hat. Wir meinen, die Mittel müssen sich finden
lassen. Wir brauchen gar nicht weit zu schauen, wenn
wir fragen, woher die Mittel nehmen. Wir sind be-
reit, für die Hochschulen all das zu geben, was für die
Entwicklung der Wissenschaft notwendig ist. Aber man
kann doch fragen: war es nötig, immer und überall
so gewaltige Prachtbauten aufzuführen, so lange es kleine
Gemeinden gibt, denen es kaum möglich ist, das Geld für
ihre beschriebenen Schulhäuser aufzubringen? Wir haben
bei den Meisenbahnstationen den Fehler gemacht, mit den
anderen Parteien, daß wir gewaltige Summen für prächt-
liche Bahnhofsbauten hergegeben haben, die in dieser
Form nicht nötig sind. Wir wollen den gleichen Fehler
nicht machen, wenn es sich darum handelt, das Bau-
programm für die Universitäten auszuführen. Alles,
was notwendig ist, wollen und werden wir bewilligen;
was an Luxusbauten grenzt, werden wir rücksichtslos ab-
lehnen zu gunsten der Volksschule, zu gunsten der kleinen
Gemeinden. (Lebhafte Beifall.) Neben der Schule und
eng mit den Schulfragen verbunden müssen wir uns
mit der Kirche

befähigen. Kirche und Kultus ist ja in einem Mini-
sterium vereinigt. Wir verlangen auch die Trennung
des Staates von der Kirche. Seit einigen Jahrzehnten,
in gewissen Abständen, wiederholen sich immer wieder
die Konflikte zwischen dem Staat und den kirchlichen
Gemeinden — ich nenne den Modernisteneid — immer
wieder dieselbe Erscheinung! Einen Augenblick sträubt
sich der Staat und schließlich gibt er der Kirche nach!
Das ist eine unwürdige Rolle für den Staat. Wir
haben in Baden staatsrechtlich schon eine gewisse Tren-
nung von Staat und Kirche. Die Kirche hat ein eigenes
Besteuerungsrecht. Trotzdem aber werden aus allgemei-
nen Staatsmitteln der Kirche viele Hunderttausende ge-
schenkt, Dotationen werden gegeben und der nächste Land-
tag wird voraussichtlich wieder eine Vorlage erleben, in
der die Regierung vorschlägt, diese Dotationen an die
Kirche zu verlängern. Es ist aber ein Unfug, daß die
Kirche ein eigenes Besteuerungsrecht hat und daneben
noch aus allgemeinen Staatsmitteln unterstützt wird.
Es wurde darauf hingewiesen, daß der Staat der Kirche
gegenüber von früher her gewisse Verpflichtungen hat,
daß der badische Staat zurzeit Napoleons so viel Kirchengut
eingesackt habe bei der Verweltlichung der Klöster
und deshalb die Dotationen nur einer Verzinsung dieser
Güter gleichkämen. Wir dürfen deshalb nicht vergessen,
daß auf den Klöstern zu jener Zeit auch gewaltige
staatliche Aufgaben gelastet haben: die Regelung des
Armenwesens, die Regelung gewisser polizeilicher Auf-
gaben usw., welche der Staat heute auch übernommen
hat. Wenn man das alles mit verrechnen würde, ich
glaube nicht, daß Zinsen übrig bleiben würden. Wenn
wir das Eigentum des Staates und der Kirche daraufhin
untersuchen wollten, ob es immer rechtmäßig ge-
wonnen wurde, wir kämen zu merkwürdigen Resultaten
und wenn man beim Klostergut zurückgreifen würde
auf einige hundert Jahre, man würde leicht viel Bauern-
gut dabei finden, das in früheren Jahren nicht immer
mit einwandfreien Mitteln gewonnen wurde. Wir
haben in früheren Jahren bei Besprechung von

S u z s a z f r a g e n

im badischen Landtag uns immer sehr kurz fassen können.
Leider ist es damit anders geworden. Wir haben im
letzten Landtag Löne anschlagen müssen, wie sie sonst
nur gegenüber der preussischen Justiz notwendig waren.
Wir haben die Justiz gegen die Streikenden in einer
Weise geübt, daß ein großer Teil der badischen Richter
gewiß nicht stolz auf das Zeugnis sein wird, das ihnen
ausgestellt wurde und ich kann auch nicht sagen, daß
seitdem die Sache besser geworden wäre. Die Urteile
gegen die Friedrichsfelder Streikenden
haben in ganz Deutschland eine traurige Verherrlichung
bekommen. Wir werden im nächsten Landtag Gelegen-
heit haben, auch die Seite der Justizfragen, die das Ver-
gnadigungsrecht betrifft, eingehend zu prüfen. Derjenige
Teil der Verwaltung, der die Arbeiter sonst am meisten
interessiert, ist die innere Verwaltung. In der letzten
Zeit hat Baden erfreulicherweise auch einen Wohnungs-
inspektor angestellt, und wir dürfen hoffen, daß die
Wohnungsreform in Baden einen Schritt vorwärts tun
wird. Im übrigen wird es unsere Aufgabe sein, ein
Gebiet weiter auszubauen, das wir auf dem letzten
Landtag in Angriff genommen haben, das Gebiet der
Ausnutzung der Wasserkräfte.

Das staatliche Wasserwerk, das beschlossen worden ist,
ist ein sehr erfreulicher Anfang. Wir müssen aber ver-
langen, daß nicht für einen Landesteil allein die Vorteile
der Benützung billiger Kräfte zur Verfügung gestellt
werden, sondern daß das, was hier grundsätzlich vom
Staat angenommen worden ist, auf das ganze badische
Land ausgedehnt werden muß. Für die kommende weitere
Industriealisierung des Landes wird

Die Verkehrs politik

von entscheidender Bedeutung sein. Wir dürfen sagen,
daß auf diesem Gebiete die Tätigkeit unserer Fraktion
— ich hebe namentlich die Arbeiten meines Freundes
Koll herbor — von entscheidender Bedeutung gewesen
sind. Nach wie vor werden wir uns mit aller Energie
gegen eine Verpreßung der badischen Bahnen wenden.
— Alle diese Reformfragen erfordern natürlich Aus-
gaben.

Unsere Steuer politik

ist Ihnen bekannt. Unser erstes Bestreben muß und
wird sein, die unteren Volksschichten zu entlasten und
die Besigenden zur Tragung der Staatslasten herbeizu-
ziehen. Es ist seit Jahren ein Hauptvergnügen der
Zentrumspreßre gewesen, durch unwahre und halb wahre
Behauptungen die Steuerpolitik der badischen Sozial-
demokratie zu verdächtigen. Ich habe in den letzten

Tagen ein Geschichtchen erlebt, das dieses Bestreben
kennzeichnet. In der Budgetkommission des Reichstages
bei Besprechung der neuen Steuern wurde vielfach auf
die Steuerverhältnisse der Einzelstaaten Bezug genom-
men. Und da war es der Abgeordnete Erzberger, der
zwei- oder dreimal in den allerheftigsten Ausdrücken das
badische Vermögenssteuergesetz herunterriß, das sei ein
erbärmliches Gesetz. Er hat so fürchtbar auf das Gesetz
geschimpft, daß schließlich sogar ein badischer Bundes-
bevollmächtigter das Wort nahm, was ja selten geschieht,
um einige Worte der Verteidigung zu sagen. Der Abg.
Erzberger tobt so heftig, weil er annimmt, das Gesetz,
um das es sich handelt, ist ein Werk des badischen Groß-
blocks. Da mußte der badische Bundesratsbevollmächtigte
darauf aufmerksam machen, daß dieses Gesetz unter dem
Einfluß und der Zustimmung des Zentrums zustande
kam. Im Jahre 1904, wo es in der Kommission beraten
wurde, war der Zentrumsabgeordnete Zehner der Be-
richterstatter über dasselbe. Was ich hier erwähnen habe,
sind Forderungen, die wir im allgemeinen Staatsinter-
esse stellen. Es kommen dazu noch diejenigen Forderun-
gen, die wir im Interesse einzelner Berufsstände
zu erheben haben. Eine immer größere Bedeutung für
die Landespolitik gewinnen

Die Beamten

Das ist in allen Staaten so. Die Zahl der Beamten
schwillt immer mehr an, ihre Forderungen werden immer
energischer. Wir haben uns jederzeit allen berechtigten
Forderungen der Beamtenschaft und der Lehrerschaft an-
genommen. Ich meine aber, es wird noch mehr als
bisher im badischen Landtag sich die Übung einbürgern,
daß bei der Regelung von Beamtenfragen die Parteien
geschlossen vorgehen. Im Reichstag hat man mit dieser
Übung gute Erfahrungen gemacht. Ich glaube, es ist
kein würdiges Bild, wenn bei Besprechung von einzelnen
Beamtenspetitionen die verschiedenen Parteien vor der
Öffentlichkeit geradezu einen Wettlauf um die Gunst der
Beamtensprecher machen. Eine wichtige Rolle spielt
die Frage der Landwirtschaft.

Wir Sozialdemokraten sind ja die „Bauernfeinde“, wie
Sie aus den Zentrumsflugblättern wissen. Wir haben
aber gleichwohl für alle Forderungen zugunsten der
Landwirtschaft gestimmt; wir sind also die wahren
Freunde der Landwirtschaft. Wir haben uns aber nicht
damit begnügt, sondern haben Anträge gestellt zu Gun-
sten namentlich der kleinen und mittleren Bauernschaft.
Unsere Hauptaufgabe bleibt natürlich der Kampf

für die Forderungen der Arbeiterschaft,
und ich glaube, daß wir in den letzten Jahren auf diesem
Gebiete nichts versäumt haben. Der Kampf für eine Ar-
beitslosenversicherung ist einen Schritt weiter gekom-
men, der Kampf dafür, daß der Staat nur mit tarif-
freien Geschäften Verträge abschließt, daß die Gewerbe-
inspektion durch Leute verstärkt wird, die aus der Ar-
beiterschaft kommen, alle diese Dinge haben wir im
Landtag zur Sprache gebracht und zum Teil auch bei den
Abstimmungen Erfolge erzielt. In der Verfertigung un-
serer Forderungen sind wir im Landtag vollkommen un-
abhängig in unserm Verhältnis zur

Regierung

Es scheint vielleicht komisch, daß ich dies ausdrücklich
betone, aber die Kenner unserer Zentrumspreßre wissen,
wie notwendig das ist. So wie unsere elässischen Freunde
von der nationalistischen Presse als die „tafelreichen
Sozialdemokraten“ bezeichnet, hat man in Baden seitens
der Zentrumspreßre von großherzoglich badischen Sozial-
demokraten gesprochen. Die badischen Minister, ohne Aus-
nahme haben seinerzeit im Landtage der Reihe nach
ihre Kampfprüfungen gegen die Sozialdemokratie her-
gesetzt, sie alle sind der Meinung, daß die Sozialdemo-
kraten nicht Beamte werden dürfen, wenn sie sich
öffentlich betätigen. Sie haben die vollen Staatsbürger-
rechte uns vorenthalten. Das hat mit besonderer
Schärfe der Mann getan, der in seiner Amtstätigkeit
auf die Unterstützung der Sozialdemokratie am meisten
angeviefen ist, der Minister des Unterrichts, der Mi-
nister Böhm war's, der bei Besprechung

der Turnerfrage

sich derart ausgesprochen hat. Das paßt nicht in einen
badischen Landtag. Wir sehen also der Regierung un-
abhängig und in Kampfstellung gegenüber. Es ist mir
geradezu angenehm aufgefallen, daß im Bericht der ba-
dischen Fabrikinspektion nur mit einigen Zeilen Lobend
erwähnt ist, was Sozialdemokraten geschaffen haben,
das war die Kinderchulskommission in Mannheim, die
von der Mannheimer Arbeiterschaft geschaffen worden
ist und die geradezu musterhafte Leistungen aufweist.
Wir sind nun noch auf lange Zeit hinaus im badischen
Landtag eine Minderheit. Wollen wir die bisherige
Politik fortsetzen, daß wo wir nicht das Ganze be-
kommen, Teile nehmen? Ist es gleichgültig, welche
bürgerlichen Parteien eine Minderheit bilden? Nein!
Ich meine, im badischen Land, wo wir eine lange Er-
ziehung durch die Gegner hinter uns haben, da ist die
Aufassung einmütig, daß wir nicht zustimmen können,
daß im badischen Landtag

eine Majorität des Zentrums und der Kon- servativen

Platz greift. Es gibt in der badischen Sozialdemokratie
keinen einzigen Parteigenossen, der bereit wäre, die
Verantwortung zu übernehmen für die Herbeiführung
einer Majorität des Zentrums und der Konservativen.
(Leb. Zusf.) Ich glaube, ich darf sagen, nicht einen
einzelnen Parteigenossen! Dann müssen Sie sich aber
auch mit mir vereinigen, um einen Weg zu finden, das
zu vertreten. Sie werden keinen andern Weg finden, als
mit den liberalen Parteien zusammenzuarbeiten, eine
solche Majorität zu verhindern. Es wird dasselbe auch
in anderen Ländern gemacht. In Holland war in den
letzten Tagen eine Wahl, die sich unter demselben
Kampfschrei vollzog. In Dänemark haben wir das
gleiche Beispiel. Die deutsche Gesamtpartei hat bei den
letzten Reichstagswahlen denselben Weg gehen müssen,
den wir seit 1905 beschritten haben. Wenn darüber nur
zu reden wäre, wie wir uns für den zweiten Wahlgang
stellen. So wäre das auf einem badischen Partei-

tag in einigen Minuten erledigt. Nun ist aber die Situa-
tion dadurch verwickelt, daß das Zentrum eine List
angekündigt hat, die wir bei den Reichstagswahlen 1912
in Karlsruhe und Pforzheim kennen lernten. Wacker hat
es in Bruch offen ausgesprochen, den Großblock da-
durch zu vernichten, daß man im ersten Wahlgang da
oder dort unbesehen jeden Gegner der Sozialdemokratie
unterstützt, angeblich ohne Gegenleistung. Die Spekula-
tion ist einfach und durchsichtig. Im ersten Wahl-
gang sollten der Sozialdemokratie so viele Sitze weg-
genommen werden, daß für den zweiten Wahlgang ein
Zusammengehen der Sozialdemokraten mit den Liberalen
unmöglich gemacht worden wäre. Nun war es ja klar,
daß, sowie dieser Plan bekannt war, wir nicht ohne
Gegenmaßnahmen die Dinge gehen lassen konnten, und
es tauchte zunächst der Plan auf, ob man nicht ange-
sichts dieser drohenden Gefahr einfach dazu schreiten
sollte, auf Grundlage des jetzigen Bestandes ein Groß-
blockabkommen für den ersten Wahlgang zu machen.
Ueber diesen Plan haben lange Preisverhandlungen statt-
gefunden und auch Verhandlungen wurden gepflogen.
Wir sind schließlich davon abgekommen, diesen Plan
durchzuführen. Auf allen Seiten, ich wiederhole das,
haben manche ernste Bedenken bestanden, dieses Mittel
zu ergreifen. Die Parteigenossen haben natürlich den
dringlichen Wunsch, wenn alle vier Jahre Wahl ist,
den Zettel für die eigene Wahl abgeben zu dürfen, fest-
zustellen, zu zählen, wie weit sie gekommen sind mit
ihrer Arbeit. Und ähnliche Wünsche bestehen bei den
Nationalliberalen wie bei den Fortschrittlichen. Das
Mittel, über das wir reden, ist ein solches, das nur im
äußersten Falle herangezogen werden kann. Wir sind
daher zu einem andern Mittel gekommen, und ich bin
überzeugt, daß in dieser Weise die Pläne des Zentrums
durchkreuzt werden. Wir haben am 1. Juni folgendes
Abkommen getroffen, das ich Ihnen vorlesen will. Es
lautet:

Karlsruhe, den 1. Juni 1913.

Ergebnis der gemeinschaftlichen Sitzung in Karls-
ruhe am 1. Juni 1913 im Protokolli.

Zwischen den Vertretern der Nationallibe-
ralen Partei, der Fortschrittlichen Volkspartei
und der Sozialdemokratischen Partei wird
heute folgendes vereinbart:

1. Die Vertreter der drei genannten Parteien sind
darüber einig, daß bei den im Herbst 1913 statt-
findenden Landtagswahlen zur Abwehr einer dro-
henden Liberal-konservativen Mehrheit ein Groß-
blockabkommen für den 2. Wahlgang abgeschlossen
werden muß.
2. Um dies zu ermöglichen und vorzubereiten, wer-
den die Nationalliberalen und die Fortschrittliche
Volkspartei in folgenden Kreisen selbständige Kan-
didaturen für den ersten Wahlgang aufstellen.
27. Kreis Sahr-Stadt
56. Kreis Schwellingen
57. Kreis Mannheim-Schwellingen
55. Kreis Heidelberg-Wiesloch
68. Kreis Heidelberg-Gerbach
3. Die Vertreter der drei genannten Parteien ver-
pflichten sich, auf den 22. Juni ihre Landesver-
sammlungen abzuhalten und diesen die Genehmigung
dieses Abkommens vorzuschlagen.
Teilgenommen an der Sitzung haben folgende Herren:
Von der Nationalliberalen Partei die Herren Re-
mann, Frey und Schwyher.
Von der Fortschrittlichen Volkspartei die Herren
Dr. Weil, Helbing, Hummel und Vogel.
Mannheim.
Von der Sozialdemokratischen Partei die Herren
Geiß, Dr. Frank, Koll und Hahn.

Wir sind heute heute einander, um über dieses Ab-
kommen zu beraten. Gleichzeitig sind in Karlsruhe und
in Offenburg die Vertreter der nationalliberalen und
der fortschrittlichen Volkspartei beieinander, um am
gleichen Tage und mit gleicher Entschlossenheit vor der
badischen politischen Welt zu zeigen, daß sie entschlossen
sind, die Politik der drohenden Zentrumsmehrheit ab-
zufertigen und die Politik der Fortschrittlichen
verteidigen. (Beifall.) Wenn Sie noch irgendwo im
Zweifel wären, ob wir dabei auf dem rechten Wege
sind, dann brauchen Sie nur einen Blick in die Zens-
trumspreßre zu werfen. Sie brauchen nur zu sehen, mit
welchen Schimpfworten die Parteien, die verantwort-
lich sind, der Reihe nach belegt werden. Zurzeit sind
die Nationalliberalen daran. Der Zweck ist immer,
die Parteien entfremden, die Führer in Mißkredit zu
bringen bei den Massen. Wir kümmern uns um dieses
Mittel nicht. Wir wissen, daß diese Vorwürfe nur ge-
macht werden, um unsere Politik zu durchkreuzen. Nun
sage ich, wir sind selbständig gegen die Regierung; wir
sind

aber auch selbständig gegen die anderen Parteien

Bei aller klaren Erkenntnis, daß das Hauptziel der
badischen Politik die Abwehr der Liberal-konservativen
Majorität ist, verlieren wir, wie auch die andern Par-
teien nicht, unsern Charakter der durchaus selbstän-
digen Partei. In den letzten Tagen wurde, um hier
ein persönliches Beispiel anzuführen, in den Zeitungen
darüber geschrieben, ob es mir gestattet werden dürfte,
meine Ansichten über die Methoden des preussischen Wahl-
rechtskampfes auszusprechen. Es wurde davon geredet,
daß ein Führer der badischen Sozialdemokratie doch
eigentlich nicht für den Massenstreik in Preußen eintreten
dürfte. Ich bin überzeugt, daß solche Bemerkungen nicht
von führenden Stellen der Liberalen und Fortschrittlichen
kommen. Wir haben stets daran festgehalten, daß wir
uns gegenseitig so nehmen, wie wir sind. Es ist selbst-
verständlich, daß es uns nicht einfällt, die National-
liberalen und Fortschrittler zu tabeln, wenn ihre Führer
am Großherzogs- oder Kaisergeburtstag Reden halten.
Wir achten jede ehrliche Uebersetzung, auch wo wir sie
bekämpfen. Dasselbe nehmen wir für uns in Anspruch.
Nun ist die Gefahr, daß solche Großblockabkommen,
die lange Arbeiten erfordern, nicht immer jeden befriedi-
gen. Es wäre uns lieber gewesen,

Die B...
leistung ein...
heit, die di...
Delegierten...
wichtige A...
suchen tele...
talberamm...
Wid...
gehörden...
legen von...
Im W...
im besond...
Samstag-...
vielen Freu...
wieder als...
Einnahme...
wird dann...
führt in se...
der Stelle...
ohne böllig...
angeführt...
In den G...
müssen wi...
Der Vorst...
auf der G...
ihre gan...
die Ogan...
men hat...
folgend...
organisi...
Betriebs...
der Geme...
weiligen...
den kann...
durchaus...
nicht gefa...
er aber de...
Wiltglieb...
heßen, in...
ren. Wen...
gen anfan...
kann man...
nisse beu...
gen für si...
berjamml...
maß zum...
Arbeitsze...
möchte wo...
sehr fette...
Das Gleic...
Ich d...
daß unse...
Einberich...
stande erf...
Nach...
bandstaf...
Die A...
Anträge...
gesamt de...
dementip...
Vertreter...
bet. Bes...
feststell...
Berufung...
gegen die...
Lebziger...
langen, a...
tritätsbeh...
alle zu d...
den Vorst...
eine Lern...
schule ein...

Seite 2.

wenn wir noch mehr Wahlkreise hätten einschließen können.

Aber Sie müssen sich gewärtig halten, das sage ich namentlich unseren Freunden von der Schweizer Grenze, das Abkommen ist entsprungen aus dem Bestreben, die Herbeiführung der Zentrumsmehrheit zu verhindern...

das Spekulieren auf die unerbetene Hilfe des Zentrums ausgeschaltet

wird. Das Wichtigste ist nicht die Sicherung des einen oder anderen sozialdemokratischen Mandats, sondern daß sie durch die Tat, nicht bloß durch Worte dem Zentrum zurufen: Wir durchkreuzen eure Taktik und wir wenden uns mit Verachtung...

Ich zweifle auch nicht daran, daß die beiden liberalen Parteien zu dem gleichen Ergebnis kommen.

Ich zweifle auch nicht daran, daß die beiden liberalen Parteien zu dem gleichen Ergebnis kommen. Jetzt ist die Bahn frei für Sie, für die Arbeit, für den Kampf. Sie können für den ersten Wahlgang überall Ihre Parteigenossen aufrufen...

Zur Geschäftsordnung ist folgender Antrag eingelaufen:

Der Parteitag wolle beschließen, in Anbetracht des vorliegenden Referats des Genossen Dr. Frank, in welchem uns in ausführlicher Weise die gegenwärtige politische Lage klargestellt wurde...

Der Parteitag wird einstimmig angenommen. Es werden dann noch folgende eingereichten Anträge zur Verlesung gebracht:

Der Parteitag beschließt, die Rede des Genossen Dr. Frank zu den Landtagswahlen in Broschürenform herzustellen und zu einem billigen Preis als Agitationsmaterial abzugeben.

Der Landesvorstand bildet das Zentralwahlkomitee. Er hat das Recht, andere Genossen zu kooperieren und die für den zweiten Wahlgang in Frage kommenden Kandidaten und Wahlkreisvorsitzenden zu seinen Beratungen hinzuzuziehen.

Die Anträge werden einstimmig angenommen. Engler ermahnt die Genossen, für weiteste Verbreitung der Broschüre zu sorgen.

Der Antrag, der die Billigung des Wahlabkommens befürwortet, hat folgenden Wortlaut:

Der Parteitag billigt das von dem Landesvorstand mit der nationalliberalen Partei und der fortschrittlichen Volkspartei getroffene Abkommen für die nächsten Landtagswahlen.

Es erfolgt unter lebhaftem Beifall die einstimmige Annahme des Antrages.

Darauf hält Dr. Frank die Schlussrede. Er fordert nochmals zu intensivem Kampfe gegen das Zentrum auf; die badische Sozialdemokratie muß zeigen, daß ihre Sache die bessere ist und daß sie um deswillen den Sieg davontragen muß.

Deutscher Reichstag.

Am Samstag stand zuerst die Militärjuzitz unter dem heißen Blick der sozialdemokratischen Kritik. Unsere Genossen Kunert, Reus und Stadiggen trieben die Regierung und die Vertreter der bürgerlichen Parteien, die immer wieder Reform verweigerten oder formalen oder Ausflüchte gegen die sozialdemokratischen Anträge vorbrachten...

demokratie und ihrer unermüdlichen Kritik der Soldatenkindererei zu danken sei.

Zu dem fortschrittlichen Antrag, der für die männliche Jugend im schulpflichtigen Alter Turnunterricht verlangt, wird von sozialdemokratischer Seite ein Zusatz gefordert, der die ständischen Eingriffe der preussischen Kultuspolizei in das Arbeiterturnwesen unmöglich machen will.

Von unserer Seite bedte Genosse Heine in gründlichen und sachkundigen, durch jahrelange juristische Praxis gestützten Darlegungen die Treibereien des preussischen Kultusministeriums gegen die Arbeiterturnvereine auf und geißelte zugleich die politische Schande des Jungdeutscherbundes.

Am Montag fällt die Sitzung aus. Am Dienstag wird die Beratung fortgesetzt und wahrscheinlich beendet werden.

Badische Politik.

Eine interessante Entscheidung des Großh. Verwaltungsgerichts.

Aus Anlaß der Gemeinewahlen in Mosbach hat der Großh. Verwaltungsgerichts Hof eine Entscheidung getroffen, die für weitere Kreise interessant sein dürfte. Bei der Neuwahl des Gemeinderats hatten u. a. zehn Bürgerauschussmitglieder mitgewirkt...

Der landständische Ausschuss.

Ist auf den 26. Juni d. J., vormittags 11 Uhr, in die Räume der Ersten Kammer in Karlsruhe einberufen worden, um die gefälligst vorgeschriebenen Prüfungen der Rechnungen der Amortisationskasse und der Eisenbahnschuldentilgungskasse für das Jahr 1912 vorzunehmen.

Die Mannheimer Handelskammer zum Wehrbeitrag.

Die Handelskammer für den Kreis Mannheim sendet zum Wehrbeitrag und zur Vermögenszuwachssteuer an den Reichstag folgende Erklärung:

„Handel und Industrie haben ihre Bereitwilligkeit erklärt, die zur Deckung der Wehrverlage erforderlichen Mittel in Form des von der Reichsregierung vorgeschlagenen Wehrbeitrags sowie einer Besitzsteuer und zwar in erster Linie der Erbschaftsteuer mit aufbringen zu helfen.

Die beabsichtigte gewaltige progressive Belastung der Vermögen und Einkommen beim Wehrbeitrag in Verbindung mit einer alle drei Jahre wiederkehrenden Vermögenszuwachssteuer sind geeignet, die für die Entwicklung der jungen deutschen Volkswirtschaft so notwendige Kapitalbildung schwer zu gefährden.

Die übertriebene Progression und die Heranziehung flüchtiger Vermögenswerte beim Wehrbeitrag läßt in weiten Kreisen die Empfindung aufkommen, daß auch bei dieser Gelegenheit wieder, unbekümmert um Eigentumsrechte, vorzugsweise die Schichten herangezogen werden sollen, die infolge ihrer geringen Zahl keinen parlamentarischen Einfluß besitzen.

Alle Gebote der Billigkeit verlangen eine solche Verteilung des Wehrbeitrags, daß er als ein allgemeines Opfer des gesamten Volkes erscheint, da alle Schichten der Bevölkerung gleichmäßig an der Erhaltung der Wehrhaftigkeit des Reichs interessiert sind; ferner daß als direkte Reichsteuer in erster Linie die nur in längeren Zwischenräumen wiederkehrende und die Kapitalbildung daher verhältnismäßig am wenigsten hemmende Erbschaftsteuer eingeführt wird...

Ja, so sind sie, die Herren von Bildung und Besitz. Erst machen sie große patriotische Sprüche, dann, wenn's ans Bezahlen geht, ist der Schlamassel da. Jetzt soll das „Opfer“ ein „allgemeines“ für das „gesamte Volk“ werden.

Aus der Partei.

Brechprozess. Wegen angeblicher Beleidigung des Redakteurs Kunoich von den „Dremer Nachrichten“ wurde am Donnerstag von der Dremer Strafkammer der Genosse Schwarz, Verantwortlicher der „Dremer Bürgerzeitung“, zu 400 Mark Strafe verurteilt.

Aus dem Lande.

Schwellingen, 20. Juni. In einer Zelle des hiesigen Amtsgefängnisses versuchte der Gefangene Engelhardt seinem Leben durch Erhängen ein Ende zu bereiten. Er konnte noch rechtzeitig abgeschnitten werden.

Mannheim, 20. Juni. Der 46 Jahre alte verheiratete städtische Arbeiter Zuber, wurde gestern nachmittag während des heftigen Gewitters beim Ningen der Schmalenjumper auf der früheren Gemarkung Sandhofen von einem Blitzstrahl getroffen. Der Blitz fuhr ihm auf der rechten Seite herunter...

Bei einem sehr schweren Gewitter schlug der Blitz in Reudenheim mehrfach ein, ohne jedoch besonderen Schaden anzurichten. Infolge des wolkenbruchartigen Regens mußte die Feuerwehr alarmiert werden, da verschiedentlich in den Häusern das Wasser meterhoch in den Kellern stand.

Mannheim, 22. Juni. Bei dem schweren Gewitter am Donnerstag stand die Frau eines in der Waldhofstraße wohnenden Dekorateurs am Fenster, als ein greller Blitz niederfuhr. Die Frau griff sich mit beiden Händen ins Gesicht und sank einseitig zu Boden.

Wiesloch, 21. Juni. In der Nacht vom Freitag auf Samstag wurde hier ein neuer Einbruch verübt. Die Diebe wollten in das Haus des Holzhandlers Stöckinger eindringen, durch das Geräusch wurde aber das Ehepaar Stöckinger aufmerksam und die Eindringler verschwanden.

Lahr, 20. Juni. Der 73 Jahre alte Privatier W. Rapp hat sich durch Einatmen von Leuchtgas das Leben genommen. Die Tat dürfte auf den schwerleidenden Zustand des Mannes zurückzuführen sein.

Rehl, 20. Juni. Der Tagelöhner Peter Schumacher aus der Rheinpfalz, der am Sonntag in der Nähe von Mundenhofen von 33jährigen Eisbrennereibesitzer Franz Gallus überfallen und tödlich, wurde nach dem Tode gefoltert und der Leiche gegenübergestellt. Nach allem ist von einer Geistesgestörtheit bei dem Täter nichts wahrzunehmen.

Soenberg, 20. Juni. In der Oberfeldschen Pappfabrik brachte der Arbeiter Simon Ueberle seinen Kopf in den Laftenaufzug. Der Verunglückte hat sehr schwere Verletzungen erlitten.

Blödingen, 22. Juni. Gestern nachmittag zog ein schweres Gewitter über unsere Gemarkung. Dabei schlug der Blitz in die Scheuer des Herrn David Ehrfeld und zündete. Die ganze Scheuer stand sofort in Flammen. Mit knapper Not konnte das Vieh gerettet werden; alle landwirtschaftlichen Geräte sind verbrannt.

Eiersheim, 22. Juni. Gestern abend gegen 1/9 Uhr wurde auf der Straße Eiersheim-Ulfingheim ein 13 Jahre alter Knabe von hier von einem Mane angehalten, bedroht und des Geldes, das er bei sich trug, beraubt. Der Knabe hatte ein Suhr nach Ulfingheim gebracht und dabei 80 Pf. erhalten.

Höfingen, 20. Juni. Während eines 7 Uhr niedergegangenen Gewitters schlug der Blitz in das in der Hinterstadt gelegene dreistöckige Wohn- und Oekonomiegebäude des Altbürgermeisters Krausbed ein. Das Gebäude das auch noch von dem verheirateten Sohn des A. bewohnt war, brannte vollständig nieder.

Freiburg i. S., 19. Juni. Von einem Schwindler ist ein hiesiges Blatt genaschert worden. Das Blatt suchte, wie der „Straß. Post“ berichtet wird, einen „repräsentablen“ Chefredakteur, dem nebenbei auch der Geldbeutel erlauben sollte, eine Einlage in das Unternehmen zu machen. Unter den Bewerbern imponierte dem Geschäftsführer besonders ein reicher Herr Dr. jur. Friese, Leutnant der Reserve, aus Berlin. Hochlegant in der Erscheinung, Weltmann im Verkehr, Gentleman durch und durch...

Überach, 20. Juni. Der seit Montag vermählte 41 Jahre alte Landwirt Hupfer von hier wurde in der Nähe von Basel erschossen aufgefunden. Es liegt Selbstmord vor.

Waldshut, 22. Juni. Zwei Kinder, ein fünfjähriges Mädchen und ein dreijähriger Knabe fielen samt einem kleinen Wägelchen, in welchem die Kinder saßen, in den Rhein. Eine Frau rettete den Knaben, während das Mädchen rheinabwärts trieb. Schließlich gelang es, auch dieses Kind zu retten.

St. Georgen (Schwarzwald), 22. Juni. Für die fünf Heiligenfiguren in der evangelischen Kirche wurden neuerdings wieder von Privatens 25 000 resp. 85 000 M. geboten. Auch der badische Staat bewirbt sich nunmehr um die sehr wertvollen Figuren.

Konstanz, 20. Juni. Gestern ist der Direktor der Heil- und Pflegeanstalt bei Konstanz (Meidenau-Wollmatingen), Medizinalrat Dr. Oster, bisher 1. Arzt in der Anstalt Menau, aufgelesen. Die Verwaltungs- und Krankengebäude schreiten derzeit ihrer Vollendung entgegen, daß wie beabsichtigt nun bestimmt in diesem Späthjahr die ersten 400 Kranken aufgenommen werden können. Hiermit werden die Anstalten Menau, Emmendingen und Wiesloch die schon längst gewünschte Entlastung erfahren.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 23. Juni.

Herr Oberbürgermeister Siegrist

teilt uns mit, daß die Behauptung, er hätte unter Umgehung der Sozialdemokratie eine Sitzung der bürgerlichen Fraktionen einberufen, nicht wahr sei. Weder habe er eine solche Absicht gehabt, noch den Versuch dazu gemacht, seinerseits eine solche Versammlung einzuberufen.

Wir nehmen von dieser Nichtigstellung Notiz. Uns ist es zwar von einer Seite, an deren Glaubwürdigkeit zu zweifeln, wir nicht den geringsten Anlaß hatten, die Mitteilung gemacht. Der „Bad. Landesbote“ bestätigte am Samstag die Nichtigkeit derselben. Etwas muß also an der Sache schon sein. Heute hören wir, daß Herr Stadtrat Guggel derjenige sei, der sich um das Zustandekommen dieser Sitzung besonders bemüht habe. Wir werden weitere Erkundigungen einziehen.

Der „Neuen Bad. Landeszeitung“ wird zu der Angelegenheit aus Karlsruhe geschrieben:

Zu diesen Auslassungen des sozialdemokratischen Blattes ist zu bemerken, daß allerdings versucht wurde, die Bürgerausschuhmitglieder mit Ausnahme der sozialdemokratischen Fraktion zu einer vertraulichen Besprechung über das Oberbürgermeisterprojekt zu versammeln. Diese Zusammenkunft sollte aber nicht eine Bürgerausschuhfraktion sein, sondern lediglich den Charakter einer informativischen Vorbesprechung haben, die an sich zweifellos zulässig gewesen wäre und mit der Städteordnung nicht in Widerspruch steht. Die vorkommende Bürgerausschuhfraktion hat den Vorschlag aber trotzdem abgelehnt, weil sie die sozialdemokratische Bürgerausschuhfraktion auch bei einer solchen informativischen Vorbesprechung nicht ausschalten wollte. Insofern trifft die Angabe des „Volksfreund“ zu. Nicht erwiesen ist aber, daß die Anregung zu einer solchen vom Oberbürgermeister ausging, direkt wenigstens sicher nicht. Nach unseren Informationen wurde der Vorschlag vielmehr von einzelnen Anhängern des Oberbürgermeister-Projekts innerhalb der national-liberalen Fraktion den übrigen Fraktionen unterbreitet.

Das Zentrum erwiderte in zustimmendem Sinne, während die fortschrittliche Volkspartei, wie erwähnt, ablehnte. Damit fiel der ganze Plan ins Wasser. Ob der Oberbürgermeister die erwähnten Herren aus der national-liberalen Fraktion zu dieser Vorbesprechung veranlaßte oder ob diese aus eigener Initiative handelten, wird sich ja zeigen.

Nach der Nichtigstellung des Herrn Oberbürgermeisters scheint dieser nicht der unmittelbare Veranlasser der Aktion zu sein; in wie weit er von den Treibern gegen die sozialdemokratische Fraktion unterrichtet war, läßt sich nicht nachweisen. Die Herren Guggel und Konforten haben durch die geplante Aktion weder dem Projekt des Oberbürgermeisters noch diesem selbst einen guten Dienst geleistet. Jetzt wird von dieser Seite versucht, die ablehnende Haltung der sozialdemokratischen Fraktion gegen das oberbürgermeisterliche Projekt als eine gegen den Herrn Siegrist persönlich gerichtete Aktion zu denunzieren. Selbstverständlich trifft das in keiner Weise zu. Die Gründe, welche die sozialdemokratische Fraktion veranlassen, das Projekt abzulehnen, sind rein sachlicher Art. Daß wir nach gewissen Vorgängen Herrn Oberbürgermeister Siegrist kein Vertrauen mehr entgegenbringen, ist gewiß zu verstehen; allein das kann und wird uns nie hindern, die von ihm vertretenen Vorlagen ausschließlich nach sachlichen Gründen zu prüfen und zu beurteilen. Unter Herrn Schaeffler hätten auch die Herren Guggel und Konforten nicht gewagt, in einer so eminent wichtigen Angelegenheit eine solch unerhörte Aktion gegen die sozialdemokratische Fraktion zu unternehmen, die dazu keinerlei Veranlassung gegeben hat. Item, wir hatten nach den uns in der bestimmtesten Form gemachten Mitteilungen allen Grund, uns mit aller Schärfe zu wehren. Unser Kampf in dieser Sache gilt nicht dem Herrn Oberbürgermeister, sondern dem von ihm vertretenen Projekt.

Mit der Karlsruher Verkehrs- und Elektrizitätsfrage beschäftigt sich eine am Mittwochabend in den Koloosseumsaal einberufene öffentliche Versammlung, die von einem aus allen Kreisen der Bürgerschaft zusammengesetzten Komitee einberufen wurde. Die Referate halten die Herren Oberbau-Professor Baumeister und Bürgermeister Dietrich von Kehl. Es ist zu erwarten, daß diese Versammlung sehr stark besucht sein wird.

Die Bürgerausschuhfraktion

welche sich mit dem oberbürgermeisterlichen Projekt betreffend die Verkehrs- und Elektrizitätsfrage beschäftigt, findet am Freitag, 27. ds. Mts., statt.

Vom neuen Karlsruher Personenbahnhof.

Mit besonderem Interesse kann man augenblicklich den Arbeiten in und um den neuen Personenbahnhof folgen. Mit Fleiß wird gearbeitet, um den Termin des 15. Oktober zur Eröffnung des neuen Bahnhofs festhalten zu können. Wenn der Baue sich erkundigt, ob der festgesetzte Eröffnungstag auch wirklich eingehalten werden wird, so lautet die Antwort kurz und bündig: Es wird unter allen Umständen eingehalten. Dabei kann allerdings nicht verhehlt werden, daß es der Anstrengung aller Arbeitskräfte bedarf, um die noch harrenden Schwierigkeiten zu beseitigen. Zunächst ist als erfreulicher Fortschritt zu konstatieren, daß die 5 großen Einfahrtshallen nebst zwei kleineren Anschlußhallen fertig aufgestellt sind. Sie zeigen sich weithin im Kostfick; in Kürze erhalten sie den sogenannten Silberstrich. Auch die innere Einrichtung schreitet zusehends weiter. Zur Zeit ist man noch mit der Fertigstellung der vielen Gleise beschäftigt. Die Stellwerke sind schon vollendet. Die ganze Anlage, ungefähr sechs Stellwerke, erhält unterirdische elektrische Kabelleitung, während für die oberen Stellwerke (3) gegen Süden oberirdische Leitung mit Gestängeleitung vorgesehen ist. Im letzteren Fall handelt es sich besonders um die Abstell- und Maschinenhausgleise.

Die Zufahrtsstraßen zum neuen Personenbahnhof sind im großen und ganzen ebenfalls fertig gestellt und fallen durch ihre schöne breite Anlage auf. Ein Teil der Beamten und Angestellten hat schon auf Anfang August Weisung erhalten, zur Einübung auf dem neuen Bahnhof Dienste zu leisten. Mit dem Bahnhofneubau ist auch eine Neueinteilung verschiedener Dienstzweige nötig. Auch in der nächsten Umgestaltung des Bahn-

hofes steigen die ersten Bauten aus dem Boden heraus. So ist das große Hotel gegenüber dem Haupteingang bereits über die Fundamentmauern hinaus gediehen und es dürfte noch in diesem Jahre zu beziehen sein. Die Anlagen der Straßen, Kanalisation usw. und die endgültige Fertigstellung dürfte bis Ende August dauern.

Stadtrats-Sitzung

vom 19. Juni 1913.

Ergänzung des Bürgerausschusses. Wirt Leonhard Göll III. im Stadtteil Daylanden, der an Stelle des infolge Wegzugs von hier aus dem Bürgerausschuss ausgeschiedenen Kaufmanns Max Marum treten sollte, hat die Wahl zum Stadtratsmitglied wegen anhaltender Krankheit abgelehnt. Der Stadtrat hält die Ablehnung nach § 9 Absatz 3 Ziffer 1 der Städteordnung für begründet und beruft den nächstfolgenden der gleichen Wahllooschlagsliste der sozialdemokratischen Partei angehörnden Bewerber, Dreher Christian Ludwig Eberhard im Stadtteil Rintheim, zum Stadtratsmitglied für die restliche Amtszeit Marums (bis 1917).

Arbeitszeit der Feuerhausarbeiter im Gaswerk I. Auf Antrag der Gas- und Wasserwerkskommission wird beschlossen, im Gaswerk I die achttündige Arbeitszeit der Feuerhausarbeiter, die bis jetzt nur für die Zeit vom 1. April bis 30. September eingeführt war, auf das ganze Jahr auszuweiten.

Müllabfuhr im Stadtteil Veierheim. Die Zahl der Grundstücke im Stadtteil Veierheim, aus denen das Hausmüll wöchentlich einmal durch das städtische Tiefbauamt gegen Entgelt abgeführt wird, ist nunmehr auf 82 gestiegen. Auf Antrag der Beteiligten beschließt der Stadtrat, im Jahre 1914 die unentgeltliche Müllabfuhr für Veierheim (einmal in der Woche) einzuführen und die erforderlichen Mittel in den Entwurf des nächstjährigen Gemeindehaushalts einzustellen.

Schulzahnklinik. Nach dem Jahresbericht der städtischen Schulzahnklinik wurden im 5. Betriebsjahr (1. Juni 1912 bis 31. Mai 1913) außer den Unterweisungen in der Mundhygiene 2305 Kinder behandelt. Die einzelnen zahnärztlichen Leistungen setzen sich wie folgt zusammen: 8875 gezogene Zähne und Wurzeln (davon 2586 Milchzähne), 1686 Injektionen, 510 Nervenbehandlungen, 1151 Zahnfüllungen, 385 Unterlagen, 1585 Wurzelbehandlungen, 1008 Wurzelfüllungen, 1467 prophylaktische Füllungen, 288 Separationen, 124 Zahnreinigungen, 12 operative Eingriffe, 71 sonstige Behandlungen, 677 Konjektationen. Im Ganzen wurden sonach 15 134 einzelne Handlungen ausgeführt (gegenüber 15 022 im 4. Berichtsjahre). Da die Sprechstunden des Schulzahnarztes durch den starken Besuch der Volksschulkinde vollständig ausgefüllt sind, ist eine weitere wesentliche Vermehrung der Leistungen in den kommenden Jahren nicht zu erwarten.

* Die sozialdemokratischen Bürgerausschuhmitglieder werden an die heute abend stattfindende Fraktionsitzung mit der Bitte um vollzähliges Erscheinen erinnert.

Herr Stadtrat Vlos feierte, wie wir dem „Beobachter“ entnehmen, vor einigen Tagen seinen 60. Geburtstag. In Herrn Vlos besitzt der Stadtrat ein tüchtiges, auf verschiedenen Gebieten des öffentlichen Lebens vertriebes Mitglied und der Karlsruher Stadtgarten einen ebenso tüchtigen wie eifrigen Neupflanzler, der mit Liebe und Verständnis seines Amtes waltet. Durch seine persönlichen liebenswürdigen Eigenschaften steht Herr Vlos bei allen, die ihn kennen, in hohem Ansehen und bringen wir dem Jubilar noch nachträglich gerne unsere herzlichsten Glückwünsche dar.

Bevölkerungsbewegung im Monat Mai. Die Zahl der Eheschließungen betrug 116 (1912: 114). Lebendgeborene wurden 231 (217) angemeldet, darunter 130 (114) Knaben und 104 (103) Mädchen; ehelich waren 203 (194) und unehelich 31 (23). Die Zahl der Totgeborenen betrug 7 (5), darunter 6 (3) Knaben und 1 (2) Mädchen. Gestorben sind 150 (160) Personen und zwar 86 (84) männlichen und 64 (76) weiblichen Geschlechts; unter den Gestorbenen befanden sich 24 (33) Kinder im 1. und 7 (22) Kinder im 2.-5. Lebensjahr. Die hauptsächlichsten Todesursachen waren Scharlach in 11 Fällen (—); Malaria (8); Diphtherie und Krupp (—); Keuchhusten 1 (3); Typhus (—); Infuenza 1 (1); Gemühtarre (—); Lungentuberkulose 28 (15); Lungenerkrankung 7 (12); sonstige Krankheiten der Atmungsorgane 7 (9); Krankheiten der Kreislauforgane 23 (18); Krankheiten des Nervensystems 10 (16); Magen- und Darmkatarrh 6 (14), darunter befanden sich Kinder im 1. Lebensjahr 6 (12); sonstige Magen- und Darmkrankheiten 14 (6); Krebs und sonstige Neubildungen 14 (18); Selbstmord 3 (2); Verunglückung 6 (3). — Auf 100 Einwohner und aufs Jahr berechnet betrug die Zahl der Eheschließungen 9,82 (9,91), der Geburten 20,15 (19,03), der Lebendgeborenen 19,81 (18,86), der Sterbefälle 12,70 (13,91) und der Geburtenüberschuss 7,11 (4,95).

Der Alkohol. Gestern abend ist in einer Wirtschaft in der Ramestraße zwischen mehreren jungen Leuten Streit entstanden, wobei ein verheirateter Maschinenmeister aus der Grenzstraße und ein lediger Schreiner durch Biergötter derart verletzt wurden, daß beide mittelst des Krankenautos in das städtische Krankenhaus verbracht werden mußten.

Diebstahl. Eine Geldkassette mit 1800 Mark entwendeten gestern nachmittag die beiden Hausburken eines hiesigen Wirtes aus einem unverschlossenen Zimmer. Der eine ist 1,75 bis 1,80 Meter groß, schlank, 24 Jahre alt, hat schwarze Haare, Anflug von Schnurbart, längliches Gesicht, breite Hände und abgegebene Fingernägel, der andere ist 1,68—1,70 Meter groß, schlank, mager, 23 Jahre alt, hat dunkelblonde Haare und ist bartlos. Beide sprechen gut französisch und konnten bis jetzt noch nicht ergriffen werden.

Unfall. Gestern nachmittag 3 Uhr erlitt ein in der Ramestraße wohnhafter lediger Schlosser am neuen Bahnhof dadurch einen Unfall, daß, während er mit der Reinigung beschäftigt war, der Zylinder einer Benzolmaschine explodierte, wobei er erhebliche Brandwunden an beiden Armen davontrug, die seine Ueberführung in das städtische Krankenhaus nötig machten.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Interims-Theater Karlsruhe (Städtische Festhalle). Heute Montag abend findet die dritte Wiederholung der am Samstag zur Eröffnung des Sommertheaters gegebenen Komödie „Der liebe Augustin“ statt. Wir werden gebieten, das Publikum darauf aufmerksam zu machen, daß die lange Dauer der Aufführung — die Vorstellung erreichte erst um 12 Uhr ihre Ende — zwar in erster Linie den häufigen Wiederholungen der Gesangsnummern, fast alle Schläger wurden Dalapo verlangt und gegeben, ihren Grund hatte, dann aber auch durch die Schwierigkeit bedingt wurde, die natürlich bei der beschleunigten Ausführung des Theaterbaues nicht ausbleiben konnten. Bei normaler Dauer ist die Vorstellung um 11 Uhr beendet.

Neues vom Tage.

Unglücksfall.

Bethune, 20. Juni. In einer hiesigen Eisengießerei riß die Kette des Lastzuges. Vier Monteure stürzten 22 Meter tief ab und wurden getötet.

Wegen Zweikampf verurteilt.

Berlin, 21. Juni. Die 2. Strafkammer des Landgerichts Berlin 1 verurteilte den Grafen Alfred von Rönigsmark wegen

Zweikampfes mit tödlichen Waffen zu 6 Monaten Festung, seinen Duellgegner den Rechtsanwalt Dr. Stemann aus Hamburg zu 3 Monaten Festung, den Major a. D. von Geslar wegen Kartelltragens zu 3 Tagen Festung. Das Duell, das unblutig verlief und mit Pistolen ausgetragen wurde, war die Folge eines Zusammenstoßes auf dem Hamburger Rennen.

Zur Bremer Bluttat.

Bremen, 21. Juni. Durch die polizeilichen Ermittlungen ist jetzt definitiv festgestellt, daß der Mörder, der gestern vormittag in der katholischen Marienschule das Revolvententat gegen die Schulfürer verübte, geisteskrank ist. Es ist der stellungslöse 30jährige Oberlehrer Ernst Friedrich Schmidt aus Schwerin, evangelischer Konfession. Er wurde noch gestern abend der Irrenanstalt Ellen zugeführt. Das Motiv der Tat ist darin zu erblicken, daß er sich einbildete, einen ausgeprochenen Haß gegen die Jesuiten zu haben. Dies geht deutlich aus zwei Briefen hervor, die Schmidt an seine Schwester und einen hiesigen Arzt gerichtet hat. Im ganzen hat Schmidt 21 Personen getroffen. Außer dem Lehrer Wöllmann schweben fünf Kinder in Lebensgefahr. Weitere acht verletzte Kinder liegen im Krankenhaus und sechs Kinder befinden sich in der elterlichen Wohnung in ärztlicher Behandlung. Die Schule war noch gestern abend von dichten Menschenmassen umgeben. Wie später gemeldet wurde, ist im Befinden des schwer verletzten Lehrers Wöllmann eine leichte Besserung eingetreten. Die Ärzte haben auf operativem Wege die Kugel aus dem Körper des Lehrers entfernen können.

Todesurteile.

Hensburg, 21. Juni. Das hiesige Schwurgericht beurteilte den 47 Jahre alten Arbeiter Dehlesien wegen Mordes und Diebstahls zum Tode, zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus und den üblichen Nebenstrafen. Er hatte am 22. Februar den 70 Jahre alten Rentempfänger Ehlers in Dels erschlagen und beraubt.

Wien, 21. Juni. Von den Wiener Geschworenen wurde gestern der Kaufmann Emil Altmann, der im Februar ds. Js. seine drei Schwäger, Gebrüder Berger, auf der Straße niederschloß, weil er sich von ihnen um seine Existenz gebracht glaubte, zum Tode durch den Strang verurteilt.

Unglücksfall.

Brüffel, 22. Juni. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern auf der Ausstellung in Gent. Bei der in der Ausstellung aufgestellten Berg- und Talbahn riß eine Kette. Ein Wagen mit 12 Personen stürzte die hohe Böschung hinab und zerstückelte. Acht Personen erlitten schwere Verletzungen.

Die verbotene Internationale.

Brüffel, 20. Juni. General Gabeaux wird demnächst vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Dieser General ist beschuldigt, einem Japanfreischütz beigewohnt zu haben, in dessen Verlauf einzelne Soldaten die Internationale sangen. In der allgemeinen gegen die Soldaten eingeleiteten Unternehmung, bei der der General den Vorsitz der Untersuchungs-Kommission führte, hatte er die Erklärung abgegeben, daß er eine solche Tat als nicht verwerflich betrachte. Der frühere Kriegsminister, General Michel, Kommandeur der Provinz Antwerpen, hat den General und die Mitglieder der Untersuchungs-Kommission verhaften lassen und Disziplinarmaßnahmen gegen sie gefordert.

80 Feldarbeiterinnen verbannt.

Petersburg, 21. Juni. Auf dem Gute Kapsting im Gouvernement Poltawa hatte der Besitzer 80 Feldarbeiterinnen angenommen. Ueber die unwillkommene weibliche Konkurrenz erbittert, zündeten die Bauernburschen des Ortes die Scheune an, in der die Mädchen schliefen, nachdem sie alle Ausgänge verbarabiert hatten. Alle 80 Mädchen kamen in den Flammen um. Die Anstifter der furchtbaren Tat wurden verhaftet.

Kampf mit Banditen.

Warschau, 22. Juni. Die Polizeibehörde von Zagorze hatte in Erfahrung gebracht, daß vier Banditen eingetroffen seien, die die Kasse der Lokzer Spinnerier berauben wollten. Polizisten umstellten das Haus, in dem die Banditen abgestiegen waren. Sobald die Banditen merkten, daß sie entdeckt waren, eröffneten sie gegen die Beamten ein heftiges Feuer. Es entwickelte sich ein regelrechtes Gefecht, in dessen Verlauf mehr als hundert Schüsse gewechselt wurden. Schließlich gelang es den Polizeibeamten, das Haus in Brand zu stecken. Man fand später unter den Trümmern des abgebrannten Hauses drei Banditen tot auf. Der vierte starb nach wenigen Minuten.

Blutsflag in einen Auswandererbahnpfer.

Neuhort, 22. Juni. Der französische Auswandererbahnpfer „La France“ wurde gestern kurz vor seinem Einlaufen in den Neuhortener Hafen von einem Gewittersturm überfallen. Ein Blitz traf den Dampfer und sechs Matrosen fielen bewußtlos zu Boden, ohne jedoch Verletzungen erlitten zu haben. Sämtliche Apparate für drahtlose Telegraphie wurden zerstört. Unter den Passagieren entstand eine Panik. Nur mit größter Mühe gelang es, die Auswanderer wieder zu beruhigen.

Briefkasten der Redaktion.

Nr. 100 A. Sie können den Eigentümer der Kasse für den Verlust verantwortlich machen.

Wasserstand des Rheins.

21. Juni. Schusterinsel 2,56 m, gest. 5 cm, Kehl 3,28 m, gest. 2 cm, Maxau 4,79 m, gest. 15 cm, Mannheim 4,00 m, gest. 18 cm

Geschäftliches.

LOE

„Unsere Marine“

Erstklassig
Die beste

2zig
Cigarette

GEORG A. JASMATZI A. G. DRESDEN
GRÖSSTE DEUTSCHE
CIGARETTENFABRIK

Letzte Nachrichten.

August Kaden †.

Wiederum hat der Tod unschuldige in unsern Reihen gehalten. Am Samstag hat ein prächtiger Mensch und unermüdlicher Kämpfer für unsere Sache, Reichstagsabg. Gen. Aug. Kaden, die Augen für immer geschlossen. Kaden ist am 26. Sept. 1850 in Großenhain (Sachsen) geboren. Nachdem er aus der Schule entlassen und das Zigarrenmachen erlernt hatte, ging er 1867 auf die Wanderschaft. Am diese Zeit schloß er sich auch der sozialdemokratischen Partei und dem Allgemeinen deutschen Zigarbeiterverein an. Mitglied der Partei und Gewerkschaft sein, hatte zur Folge, daß er auch seine ganze Kraft als Agitator einsetzen mußte. 1874 hatte er sich in Dresden niedergelassen. Dort wirkte er in Gemeinschaft mit J. Auer, Max Kayser und andern alten Genossen. Ihre Tätigkeit war so erfolgreich, daß schon 1877 der Wahlkreis für die Partei erobert wurde, dessen Abgeordneter Kaden seit 1898 gewesen ist.

Seit G. Meißners Tode im April 1906 war Kaden Vorsitzender der Kontrollkommission. Seit 1898 ist Kaden ununterbrochen Reichstagsabgeordneter für Dresden-Neustadt. Von 1885 bis 1897 war er Mitglied des sächsischen Landtags, wo er als einer der schlagfertigsten Redner der Fraktion wirkte.

Seit einer Reihe von Jahren litt er an Gicht. Trotz heftiger Schmerzen wurde sein Humor nicht getrübt. Hatte er doch das schöne Bewußtsein, daß die 45 Jahre, die er im Kampfe gestanden, eine ununterbrochene Reihe von Siegen gewesen waren.

Kadens Name glänzt in der Geschichte der ruhmreichen

Kämpfe des Proletariats. Für alle Zeiten werden die Proletarier in dankbarer Erinnerung daran denken, die mit unerschütterlichem Opfermut die Kämpfe siegreich durchgekämpft haben, die gekämpft werden mußten, um die Arbeiter von Unterdrückung und Ausbeutung zu befreien.

Neue Steuerkompromisse.

Berlin, 21. Juni. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, haben die Vorbesprechungen der bürgerlichen Parteien über die Frage der Heranziehung des Einkommens für die Zwecke des Wehrbeitrags dazu geführt, die in der ersten Lesung beschlossene Kapitalisierung des Einkommens fallen zu lassen und Einkommen von 5000 M. an aufwärts zum Wehrbeitrag heranzuziehen. Wie hoch dabei die Sätze genommen werden müssen und in welcher Art die Staffelnung erfolgen wird, ist noch Gegenstand von Berechnungen. Der Gesamtbeitrag aus der Heranziehung des Einkommens soll 80 Millionen Mark ergeben.

Das neue dänische Ministerium.

Kopenhagen, 21. Juni. Der König empfing heute nachmittag den Führer der Radikalen, Zahle, der seine Ministerliste vorlegte. Das von dem König genehmigte Kabinett setzt sich folgendermaßen zusammen: Ministerpräsident und Justiz Zahle, Verteidigungsminister Folketingsabgeordneter Dr. Munch, Finanzminister und Minister des Inneren ad interim Landstingsabgeordneter Eduard Brandes. Das

Ministerium des Inneren ist noch nicht gesetzt, da sich die dafür ausersehene Persönlichkeit im Ausland befindet. Minister für Kirchen- und Schulangelegenheiten ist Kei-Nielson, Landwirtschaftsminister Folketingsabgeordneter Bauernhofbesitzer Bederjen, Minister des Innern Folketingsabgeordneter Redakteur Dvornode, Minister für öffentliche Arbeiten und Minister für Handel und Schiffahrt ad interim Vize-Direktor Gaujing-Jörgensen.

Die Italiener in Tripolis.

Rom, 21. Juni. Nach einer Meldung der „Ag. Stef.“ aus Derna, hat General Tassoni nach der Einnahme des Lagers von Bufrat die Verfolgung des Feindes am 18. ds. Mts. bis nach Pasciara und Gubba fortgesetzt. Am 19. ds. Mts. ging der Marsch fast ohne Widerstand des Feindes bis nach An-Nara, wo General Tassoni auf die Nachricht von der Einnahme des Lagers bei Ettangi durch den General Salva Halt machte. Die Italiener verloren an beiden Tagen 10 Verwundete, darunter einen leicht verwundeten Offizier. Die Verluste des Feindes hält man für bedeutend, da etwa 20 Leichen, die der Feind längs der Straße hatte lassen, aufgefunden worden sind. Augenblicklich halten die Generale Tassoni und Salva miteinander Fühlung durch Patrouillen, die nirgends mehr auf Feinde gestoßen sind. Die Regierung hat den General Vaccola beauftragt, dem General Tassoni die Anerkennung der Regierung für sein erfolgreiches Vorgehen auszusprechen.

n Festung, sei aus Hamburg, Geslar wegen, das unblutig war die Folge innen.

Ermittlungen fernern vor-berollbrantant. Es ist der Schmidt aus noch gestern Motiv der Tat n. Wie später ausgesprochen geht deutlich Schwester und Schmidt 21 ann schweben te Kinder liech in der elter-ten. Die später letzten Lehrers e Kerze haben r des Lehrers

icht beurteilte r Mordes und den üb- den 70 Jahre i und beraubt. vorenen wurde ebruar ds. Js. Straße nieder-bracht gläubte,

ereignete sich n der Ausstel- e Kette. Ein ng sinach und ungen.

demnächst vor ist Beschuldig, dessen Verlauf n der allge- chung, bei der mission führte, solche Tat als inijer, Gene- hat den Gene- nission verhaf- gefordert.

inzig im Sou- arbeiterinnen e Konkurrenz die Scheune alle Ausgänge den Flammen verhaftet.

Zagorje hatte ffen seien, die n. Polizisten liegen waren. n, eröffneten entwidelt sich als hundert den Polizei- d später unter biten tot auf.

fer. ndererdampfer ausen in den rrascht. Ein bewußtlos zu n. Sämtliche führt. Unter größter Mühe

Kaße für den m, gest. 2 cm, gest. 18 cm

LOE

LOE

DEN

Statt jeder besonderen Anzeige! Todes-Anzeige.

Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß heute Sonntag früh 1 Uhr mein innigstgeliebter Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwiegerjohn, Schwager und Onkel

Leopold Lutz, Feuerschmied

im Alter von 49 Jahren, nach kurzem schweren Leiden unerwartet rasch verschieden ist.

Ramens der trauernden Hinterbliebenen

Mina Lutz, geb. Wolf.

Karlsruhe, den 22. Juni 1913.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 24. d. M., nachmittags halb 3 Uhr statt.

Trauerhaus: Steinstraße 5, 4. Stod. 1765

Bekanntmachung.

Die Herren Mitglieder des Bürgerausschusses beehren sich mich zu einer öffentlichen Versammlung auf

Freitag, den 27. Juni ds. Js., nachm. 3 Uhr,

in den großen Rathsaal ergebenst einzuladen.

Tagesordnung:

1. Bauliche Veränderungen im Dienstwohngebäude der Goetheschule (Vorlage Nr. 45).
2. Organisation des Verkehrswezens und der Elektrizitätsversorgung der Stadt Karlsruhe und ihrer Umgebung (Vorlage Nr. 86).

Karlsruhe, den 20. Juni 1913. 1787

Der Oberbürgermeister: Siegrist. Lacher.

Bekanntmachung.

Nachdem die Preisverteilung zum Wettbewerb für Gewinnung künstlerischer Plakate für die badische Jubiläums-Ausstellung am 8. Juni stattgefunden hat, können die eingekandten Entwürfe seitens der Bewerber wieder abgeholt werden.

Wir machen darauf aufmerksam, daß die verschlossenen Bewerbungen derjenigen Einsender, welche über deren Rückgabe innerhalb 14 Tagen vom Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung an nicht verfügt haben, geöffnet werden, um die Rücksendung an die Eigentümer zu ermöglichen. 1759

Karlsruhe, den 21. Juni 1913.

Der Stadtrat: Dr. Kleinschmidt. Schwandt.

Sonder-Angebot.

Ein grosser Posten angestaubte, weiss und bunte **Bettdamast-Reste**

in prima Qualität

per Meter -.75 -.85, 1.- 1.10 1.30 1.40 1.50

Nur solange Vorrat reicht. Sehr lohnend für Wiederverkäufer.

Arthur Baer

Kaiserstraße 133, Ecke Kaiser- u. Kreuzstrasse, 1 Treppe hoch.

Sommer-Theater.

Direkt.: Fr. Grunwald.

Montag, 21. Juni

abends 8^{1/2} Uhr: 1700

Der liebe Augustin.

Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Wer Geld sparen will

der kaufe seine getragene Herren- und Damenkleider, Schuhe, Stiefel, Werkzeug nur in dem An- u. Verkaufsgeschäft von Arnold Schay, Jähringerstraße Nr. 35.

Städt. Arbeitsamt

1492

Gewerkschaftsfrauen, Mädchen die gut bürgerlich kochen können, Mädchen für alle Hausarbeit und zum Anlernen, Zimmermädchen.

Städt. Arbeitsamt

(weibl. Arbeitsnachweis) Jähringerstr. 100. Tel. 949.

Ein roter Dobermann

(Hündin) ist abzugeben. Rintheim, Hauptstraße 84.

Aquarium mit Fisch billig

abzugeben. Morgenstr. 7, 3. St.

Sonder-Preise

Montag Dienstag Mittwoch

Seiden-Stoffe Trikot-Wäsche

Brüsseler und Pariser

Damen-Wäsche

1766

Hermann Tiez

Bekanntmachung.

Spätwagen

nach Kühler Krug—Mühlburg—Rheinhafen

ab Durlach	—	—	—	—	11.05	—	11.28	12.03	12.43
Schlachthof	—	—	—	—	11.15	—	11.35	12.15	12.50
Hauptbahnhof	10.35	10.45	11.01	11.01	—	11.20	—	—	—
Marktplat.	10.39	10.49	11.05	11.05	11.23	11.24	11.43	12.23	—
Mühlburger Tor	10.45	10.55	11.11	11.11	11.29	11.30	11.49	12.29	—
an Kühler Krug	10.54	11.04	11.20	—	—	11.40	—	—	—
Mühlburg	—	—	—	—	11.20	11.38	—	11.58	12.38
Rheinhafen	—	—	—	—	—	—	—	12.03	—

nach Friedhof—Schlachthof—Durlach

ab Rheinhafen	—	—	—	—	—	—	—	—	11.26	—	—	—	12.05	—
Mühlburg	—	—	—	—	—	—	—	—	11.31	11.38	—	—	12.10	12.88
Kühler Krug	—	—	—	—	11.05	11.06	11.11	11.15	11.28	—	—	—	—	—
Mühlburger Tor	—	—	—	—	11.15	11.15	11.21	11.25	11.33	—	—	—	11.40	11.47
Beiertheim	10.40	10.50	11.05	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11.56
Hauptpost	10.49	10.59	11.14	—	—	11.18	11.23	11.28	11.35	11.39	11.42	11.49	11.58	12.05
Hauptbahnhof	—	11.05	—	11.08	11.30	—	—	—	—	—	—	—	11.46	11.52
Marktplat.	10.51	—	11.16	11.07	11.34	11.20	11.26	11.30	11.39	—	—	—	11.46	11.52
Schlachthof	—	—	11.25	11.16	11.43	11.28	11.34	11.38	11.47	—	—	—	11.54	12.01
an Schlachthof	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12.08
Durlach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Friedhof	11.00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

nach Hauptbahnhof

ab Durlach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kühler Krug	10.31	—	—	—	—	—	—	—	—	10.55	11.05	—	—	—
Krankenhaus	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mühlburger Tor	10.40	10.45	—	—	—	—	—	—	—	11.04	11.15	—	—	—
Beiertheim	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.50	—	—	—	—
Hauptpost	10.42	10.47	—	—	—	—	—	—	—	10.59	11.06	11.17	—	—
Marktplat.	10.45	10.50	10.54	11.01	11.09	11.20	—	—	—	—	—	—	—	—
an Hauptbahnhof	10.50	10.55	10.58	11.05	11.13	11.25	—	—	—	—	—	—	—	—

nach Beiertheim

ab Hauptbahnhof	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Marktplat.	—	10.45	10.58	11.12	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hauptpost	—	10.49	10.57	11.16	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Beiertheim	10.37	10.55	11.00	11.10	11.16	—	—	—	—	—	—	—	—	—
an Beiertheim	10.47	11.04	11.09	11.28	11.56	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Karlsruhe, den 20. Juni 1913.

Städtisches Straßenbahnamt.

* Nur an Sonn- und Feiertagen.

Freie Turnerschaft
Karlsruhe.

Abteilung **Mühlburg.**

Dienstag, den 24. Juni, abends 8 Uhr

Beginn der Turnstunden

in der Turnhalle der alten Volksschule. Hierzu sind unsere Mitglieder zu zahlreicher Beteiligung freundlichst eingeladen. Auch werden Neuanmeldungen angenommen, für die bis 1. Juli keine Aufnahmegebühr erhoben wird. 1761

Für sofort suchen in jedem Bezirk, ob in Stadt oder Land, **strebiamer Mann**

ganz gleich welchem Standes und Alters, zum Betrieb einer Versuchsschule. Keine Berufsaufgabe, weil leicht im Hause zu verrichten. Kapital und Laden nicht erforderlich. Das Geschäft wird von uns vollständig eingerichtet. Monatlich bis M. 400.—, 500.— leicht zu verdienen.

Nach schreiben unter **B. 2316** an Ann.-Exp. Danbe & Co. Adln. Auskunft vollständig kostenlos. 1762

Wegen Umzug sind 2 geb. Wettstellen mit Matrize u. 1 einträglicher Schrank sehr billig zu verkaufen. 1764

Degenfeldstr. 3, 2. St., rechts.

Eine geb. Hobelbank

für 12 M. und ein Fahrrad sind billig abzugeben. Gebhardstr. 45.

Grosser Spezial-Verkauf

von

Hochsommer-Kleidung

zu erstaunlich billigen Preisen.

Mit diesem Spezial-Verkauf bieten wir eine günstige Gelegenheit zum Einkauf von Hochsommer-Kleidung

Trotz der billigen Preise dennoch **Rabattmarken**

Die Preise für

Herren-Anzüge

aus Luster, Leinen, Tussor und Flanell-Stoffen in tadelloser Ausführung

Mark	15.—	22.—	27.—	33.—
regulär bis	19.—	27.—	33.—	39.—

Dauer von Samstag den 21. cr. bis Samstag den 28. cr.

Die Preise für

Knaben - Anzüge

aus haltbaren Waschstoffen, in hübschen Formen und Farben von Grösse 1 bis 6 (für 3 bis 8 Jahre)

Mark	1.75	3.25	4.75	7.00
regulär bis	4.—	6.—	9.—	12.—

Die Preise für

Saccos

in den gleichen Stoffen wie Anzüge

Mark	4.50	6.—	9.—	12.—
regulär bis	6.—	8.50	11.50	15.—

Wir bitten ganz besonders um Beachtung unserer Schaufenster.

Die Preise für

Knaben-Wasch-Blusen

Mark	0.90	1.75	2.50	3.25
regulär bis	2.—	3.50	5.—	6.50

Eine Serie Wasch-Westen zum Einkaufspreis von Mk. **2.75**

Ein Serie Knaben- u. Jünglings-Anzüge in Lein. u. Flan. reg. bis 21.— z. Einheitspreis v. Mk. **8.00**

Spiegel & Wels.

Stadtgarten Karlsruhe.

Montag den 23. Juni d. J., abends 8 Uhr
zur Feier des Johannistages
Doppel-Konzert

der vollständigen Kapelle des 1. Badischen Leibgaradier-Regiments Nr. 109 und der beiden Artillerie-Kapellen Nr. 14 und 50 unter Leitung der Herren Musikmeister Bernhagen, Musikmeister Granzau und Obermusikmeister Schotte.

Bei Eintritt der Dunkelheit
Brillant-feuerwerk
auf dem Stadtgartensee, ausgeführt von dem Königl. Feuerwerkstechniker Herrn Wilhelm Fischer aus Gleibromm.
Zum Schluss
Johannis-feuer.

Eintritt: 1722
Inhaber von Stadtgarten-Jahreskarten und von Kartenheften 30 Pfg.
Sonstige Personen 60 Pfg.
Militär und Kinder je die Hälfte.
Die Musikabonnementskarten haben Gültigkeit.
Programm 10 Pfg.
Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt. Bei ungünstiger Witterung wird die Veranstaltung auf Mittwoch den 25. Juni, abends 8 Uhr, verschoben.
Eintrittskarten sind am 23. Juni vormittags von 9 Uhr an im Vorverkauf an der Kasse am Stadtgarteneingang auf der Westseite der Festhalle zu haben. Von abends 6 Uhr an ist auch eine Kasse beim Stadtgarteneingang auf der Ostseite der Festhalle geöffnet.
Das Belegen von Tischen und Stühlen ist nur mit Zustimmung der Stadtgarten-Kommission (Rathaus, Zimmer Nr. 41) gestattet. Belegte Tische müssen schon um halb 8 Uhr besetzt sein, andernfalls sie freigegeben werden.

Zahn-Atelier
Heinrich Bohner
Künstliche Zähne, Plombieren
Schmerzloses Zahnziehen. ::
DURLACH, Leopoldstrasse 3
vis à vis der Kaserne. 1846

Arbeiter! Agitiert für den Volksfreund.



Anfang Januar 1914 kommen nach dem abgeänderten Plane nahezu 1454

3000

Prämien

auf die in diesem Jahre ausgegebenen gelben Bescheinigungen zur Verteilung. Die Anzahl der Prämien hat sich gegen das Vorjahr bedeutend vermehrt. Man wolle deshalb

Bar-Rabatt zurückweisen und **nur Rabattmarken** des Rabatt-Spar-Vereins Karlsruhe annehmen. Die Vorteile vergrössern sich mit der Anzahl der Gutscheine.

Billiges Angebot!
Kostüme M 7.50 an
Leinen-Mäntel M 4.50
Röcke M 3.50
Staubmäntel M 3.90
Kostüm-Röcke M 2.90
Blusen, weiß u. fsg. M .75
Damenhemden M .95
Damenhosen M .95
Unterhosen M .75
Wilhelmstr. 34, 1 St.
Keine Ladenscheine. 1831

Verhalten bei Gasausströmungen.

Wir machen darauf aufmerksam, daß kein Raum, in welchem es nach Gas riecht, mit brennendem Licht bestreut werden darf, gleichgültig, ob im Hause Gas eingerichtet ist oder nicht. Brennende Lichter und Feuerungen sind bei auftretendem Gasgeruch zu löschen. Auch müssen sofort die Fenster und Türen geöffnet und dadurch für ausgiebige Lüftung gesorgt werden. Insbesondere darf kein Lokal, in welchem Gasgeruch wahrgenommen wird, zu längerem Aufenthalt für Personen, namentlich zum Schlafen, benützt werden. Sofern sich die Ursache des auftretenden Gasgeruches nicht sofort erkennen und beseitigen läßt, ist umgehend das **Städt. Gaswerk I, Kaiserallee 11, Telefon 347** (Anschluß auch über das Rathaus), zu benachrichtigen.

Bei Unzulagen ist streng darauf zu achten, daß nach Abnahme der Beleuchtungskörper die Decken- und Wandscheiben durch eingeschraubte Verschlusklappen oder -Stopsfenster ordnungsgemäß verschlossen werden. Der Verschluss mittels Papier- und Korkstopfen ist unzulässig und gefährlich, weshalb wir dringend hiervon warnen.

Karlsruhe, den 21. Juni 1913. 1683

Städtisches Gaswerk.

Ortskrankenkasse Bruchsal.

Die statutengemäße ordentliche **Generalversammlung** findet am **Donnerstag den 26. Juni 1913, abends 8 1/2 Uhr**, in der Aula des neuen Mädchenschulhauses statt mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht über die Rechnung für das Jahr 1912.
 2. Bericht über den derzeitigen Stand der Kasse.
 3. Beschlußfassung über die nach den Vorschriften der Reichsversicherungsgesetzgebung aufgestellten neuen Satzungen.
 4. Verschiedenes.
- Zu zahlreicher Besuche ladet ein, jedoch mit dem Bemerkten, daß nur die erwählten Vertreter zur Generalversammlung stimmberechtigt sind. 1747
- Bruchsal den 21. Juni 1913.
- Der Vorstand:**
F. Holoch, Vorsitzender.

Zu kaufen gesucht: Getragene Kleider, Schuhe, Wäsche, Wandschirme, Gold, Silber, alte Gebisse. 943
Frau Pfleger
Steinstraße 16, 1. St.

Das Landen. 1692
Wohnung von 3 Zimmer u. allem Zubehör sowie Gärtnerhof u. Garten zu verm. **Kastnerwörthstr. 15.**

Schlafzimmer

2 englische Bettstellen, nußbaum poliert, Raktisch und Waschkommode mit Marmor und Spiegel, 1 doppelte Spiegelgarnitur, Preis nur 215 Mk., abzugeben. Ganze Aussteuerung sehr billig im Möbel- u. Bettenhaus der Weststadt 1688
Wilh. Seiter, Sofienstr. 85.

Wohlfahrts-Lotterie!

Ziehung schon 12. Juli. 2022 Gew. i. Gesamtw. v. **12000 Mk.**
Hauptgewinn **3000 Mk.**
Offenburger Jubiläums-Lotterie
Ziehung am 23. Juli Gesamtwert d. Gewinne **30000 Mk.**
Hauptgewinn **6000 Mk.**
Wohlfahrts-Lose à 50 S, 11 Lose 5 Mk.
Offenburger-Lose à 1 Mk, 11 Lose 10 Mk.
Porto und Liste je 25 S, empfiehlt 1558
J. Stürmer
Lotterie-Unternehmer
Filiale: Kehl a. Rh., Hauptstr. 47.
In Karlsruhe: Carl Götz, Hebelstr. 11/15, Gebr. Ehringer, Kaiserstr. 60, Woerner & Wehrh, Erbprinzenstr. 20.

Wegen Umzug sehr billig abzugeben: Engl. Bett, gute Federbetten, Bücherregal, Kolossaläufer, eis. Kinderbettstelle mit guter Matratze, grüne Tischdecke, Fenstertrapezen, Schreibstisch, Stuhl, 6 Stühle, Eßzimmer, Vertiko, Plüschdivan, gelbes Kuddelmanduhr 6 Mk., gut silb. Herrenuhr 6 Mk., silb. Damenuhr 6 Mk., Chaiselongue, grün, feine Damenohrringe 4 Mk., 2 Gartenstühle, Tisch 2 Mk. 1742
Rintheimerstr. 20, part.